97-84073-18

Adler, Max

Demokratie und Rätesystem

Wien

1919

97-84073-18
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

308
Z
Box 222
Adler, Max, 1873-1937.
Demokratie und Rätesystem, von Max Adler.
Wien, Brand, 1919.
40 p. 22 cm. (Sozialistische bücherei, heft 8)

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 10:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 5-6-97 INITIALS: MB

TRACKING # : 23714

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Sozialistische Bücherei
Heft 8

308
Z
Box 222

Demokratie und Rätesystem

Von

Max Adler

Preis Kronen 2·40 (Mark 1·60)

Wien 1919

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.,
VI, Gumpendorferstraße 18

In Kürze erscheinen:

Die Aufgaben der Betriebsräte.

Eine Darlegung der Rechte und Pflichten der Betriebsräte von Dr. **Fritz Winter** samt Beidruck des Gesetzestextes und der Mustergeschäftsordnung, sowie der Vollzugsanweisung über die Wahlordnung.

Juristisches Handbuch für Betriebsräte.

Zusammenstellung aller Gesetze und Verordnungen, welche die Betriebsräte kennen müssen samt Erläuterungen von **Dr. Fritz Winter.**

Voraussichtlich drei Bände.

Bilanz und Rechnungslegung.

Ein Leitfaden f. Betriebsräte von **Siegmund Rausnitz.**

Die Preise dieser Ende Juli erscheinenden Schriften werden rechtzeitig bekannt gegeben werden. Vorausbestellungen nimmt schon jetzt entgegen der Verlag der

Wiener Volksbuchhandlung

Ignaz Brand & Co.,

Wien, VI, Gumpendorferstraße 18.

Sozialistische Bücherei
Heft 8

Demokratie und Rätesystem

Von

Max Adler

Wien 1919

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.,
VI, Gumpendorferstraße 18

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE

In Kürze erscheinen:

Die Aufgaben der Betriebsräte.

Eine Darlegung der Rechte und Pflichten der Betriebsräte von Dr. Fritz Winter samt Beidruck des Gesetzestextes und der Mustergeschäftsordnung, sowie der Vollzugsanweisung über die Wahlordnung.

Juristisches Handbuch für Betriebsräte.

Zusammenstellung aller Gesetze und Verordnungen, welche die Betriebsräte kennen müssen samt Erläuterungen von Dr. Fritz Winter.

Voraussichtlich drei Bände.

Bilanz und Rechnungslegung.

Ein Leitfaden f. Betriebsräte von Siegmund Rausnitz.

Die Preise dieser Ende Juli erscheinenden Schriften werden rechtzeitig bekannt gegeben werden. Vorausbestellungen nimmt schon jetzt entgegen der Verlag der:

Wiener Volksbuchhandlung

Ignaz Brand & Co.,

Wien, VI, Gumpendorferstraße 18.

Sozialistische Bücherei
Heft 8

Demokratie und Rätesystem

Von

Max Adler

Wien 1919

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.,
VI, Gumpendorferstraße 18

Inhaltsverzeichnis.

Seite

1. Kapitel.
Bürgerliche und soziale Demokratie 3

2. Kapitel.
Das Lebensprinzip der Demokratie 7

3. Kapitel.
Kommunismus oder Bolschewismus 11

4. Kapitel.
Die Diktatur des Proletariats 15

5. Kapitel.
Ursprung und Idee der Arbeiterräte 20

6. Kapitel.
Der Wandel der Arbeiterräte 26

7. Kapitel.
Das Rätesystem 30

8. Kapitel.
Die Eigenart des Rätesystems 34

9. Kapitel.
Die nächsten Aufgaben der Arbeiterräte 38

May 6, 1928 DA

1. Kapitel.

Bürgerliche und soziale Demokratie.

In dem Streite zwischen Demokratie und Rätesystem, der heute das Lager des proletarischen Sozialismus auf das tiefste zerklüftet und bereits bis zum blutigen Bruderkrieg geführt hat, entspricht der Leidenschaftlichkeit der beiderseitigen Stellungnahme doch keineswegs eine klare und eindeutige Fassung der Begriffe, um die der Kampf geführt wird. Und obzwar sicherlich die heutige Zeit mit ihren stürmischen Forderungen des Tages nicht darnach angetan ist, erst umständliche begriffliche Untersuchungen anzustellen, so muß doch der marxistische Sozialismus versuchen, seinem alten Prinzip getreu zu bleiben und die sich ihm eröffnenden politischen und sozialen Aufgaben theoretisch klar zu erfassen. Dies um so mehr, als zu hoffen ist, daß eine objektive Untersuchung des eigentlichen Sinnes der im Sozialismus heute strittigen Begriffe vielleicht manche scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze als gar nicht vorhanden aufzeigen, manche unerwarteten Uebereinstimmungen der feindlichen Lager hervortreten lassen wird und damit ein Verständnis ermöglicht, welches über den verderblichen Streit der Parteiungen hinweg zu einheitlicher revolutionärer Aktion führen kann.

Beginnen wir mit dem Begriff der Demokratie. Wie ist es gekommen, daß dieser bis vor kurzem dem revolutionären Proletariat noch so heilige Begriff heute einem großen und stets wachsenden Teile desselben verdächtig, fast verhaßt geworden ist? Wieso hat gerade die jetzige Revolution, welche in Rußland und in den Republiken Mitteleuropas die Demokratie endlich auf den Trümmern des Monarchismus und Militarismus in einer bisher noch nicht verwirklichten Vollkommenheit errichten konnte, überall im Proletariat das tiefste Mißtrauen und die heftigste Gegnerschaft gegen das demokratische System und seinen verfassungsmäßigen Ausdruck, gegen die Nationalversammlungen, rege gemacht?

Der Begriff der Demokratie ist nach der landläufigen Vorstellung vor allem der Begriff der politischen Gleichberechtigung. Als solcher stellt er den Höhepunkt der politischen Ideologie des Bürgertums dar und übt unter den Wahlparolen, mit denen die bürgerlichen Parteien in den Wahlkampf ziehen, besonders auf die Schicht der Intellektuellen, wohl die größte Anziehungskraft aus. Denn hier glauben die Angehörigen dieser Schicht alle jene politischen Ideale der Freiheit, Gleichheit und des Fortschritts, um derentwillen ihnen die Sozialdemokratie sonst sympathisch wäre, anzutreffen, ohne daß von ihnen das Bekenntnis zum Klassenkampf und zur Ueberwindung der bürgerlichen Gesellschaft verlangt würde. So erscheint die Demokratie als die Vollendung der gesellschaftlichen Solidarität, die geradezu automatisch aus der Gleichberechtigung hervorgeht.

In dieser Auffassung birgt sich jedoch ein großer Irrtum, der freilich ein welthistorischer ist, aber nun, nach mehr als hundert Jahren seit dem Anbruch der bürgerlichen Demokratie, seit der Französischen Revolution, schon

klar zutage liegen müßte, wenn nicht eben immer wieder die Vorurteile der bürgerlichen Denkweise den Blick trüben würden. Sobald wir aber diesen Vorurteilen uns entringen und versuchen, mit kritischem Bewußtsein auch das politische Leben zu durchdringen, statt uns durch Schlagwörter und Traditionen von ihm fortreißen zu lassen, enthüllt sich die bürgerliche Demokratie als eine große und tragische Weltillusion. Wie erfüllten nicht die Ideale der großen Revolution von 1789, die demokratischen Ideen der Menschenrechte unter dem Banner der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die ganze Welt mit ihrem Glanze! Man kann es noch heute in den Schriften unserer großen Dichter und Denker aus der klassischen Zeit nachlesen, wie der Sturm, der in Frankreich ausgebrochen war, auch die deutschen Seelen mitschwingen ließ und ihre heißesten Hoffnungen weckte. Und doch leitete diese neue Zeit, die Zeit der Menschenrechte, aber auch die Zeit des aus den Fesseln des Absolutismus und Feudalismus befreiten, auftrebenden Kapitalismus nur eine Zeit der unerhörtesten Ausbeutung und Verelendung des Volkes ein. Das war das Zeitalter, von dem Friedrich Engels in seinem Buch über die Lage der Arbeiter in England, von dem Carlyle in seinen Schilderungen so schreckensvolle Bilder von der Not der breiten Massen entwarf. Das war die Zeit der Hungerkrawalle der Weber und der ersten großen Arbeiteraufstände in Frankreich. Wie war das zu erklären?

Die Erklärung hatten fast gleichzeitig bereits einige tiefe Betrachter der Zeitgeschichte gegeben; und es ist kein Zufall, daß die ersten Vorkämpfer des modernen Sozialismus, Saint-Simon, Charles Fourier und Robert Owen, alle um diese Zeit auftraten, der Welt ein neues Gesellschaftsideal entgegenzuhalten, wie sie eben erst mit dem Siege der Revolution glaubte, selbst ein neues Zeitalter begründet zu haben. Denn diese drei großen Sozialkritiker gingen alle von dem erschütternden Erlebnis der demokratischen Revolution aus, daß eine bloß politische Umwälzung den Lebenszustand der Massen nicht wirklich verändern und bessern kann, daß politische Gleichheit und Freiheit bloße Worte ohne Inhalt bleiben müssen, wenn ihnen die wirtschaftliche Gleichheit fehlt. Was nützt dem Arbeiter die Freiheit von politischer Unterdrückung, wenn er in ökonomischer Abhängigkeit vom „Brotgeber" bleibt, von ihm sich die Arbeitsbedingungen und oft genug auch die Lebensbedingungen vorschreiben lassen muß? Was bedeutet die Gleichheit vor dem Gesetz, wenn sich wegen der Ungleichheit im Vermögen der Besitzlose dem Besitzenden verkaufen muß? Und ist eine Brüderlichkeit möglich zwischen denen, die als Unternehmer und Arbeiter, als Besitzende und Besitzlose, als Ausbeuter und Ausgebeutete notwendig entgegengesetzte Interessen haben und einander bekämpfen müssen? So schrieb schon Saint-Simon die Erkenntnis hin: „Der Reichtum ist die wahre und einzige Grundlage jedes politischen Einflusses und Wertes," woraus er mit Recht folgerte, daß die Verfassungsgesetze gar nicht so wichtig seien für das Glück der Völker gegenüber der Ordnung ihrer Eigentumsrechte. Und in der Tat: unter der bürgerlichen Eigentumsordnung, unter der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die ganz notwendig aus sich heraus den Unterschied von reich und arm, von Unternehmer und Arbeiter, von Herr und Diener erzeugt und aufrechterhält, müssen sich alle Ideen der Demokratie immer wieder als bloßer Trug erweisen, als ein tragischer Selbstbetrug eines Strebens, das wohl das Gute will, doch stets das Böse schafft. Die Gleichheit vor dem Gesetz wird bestenfalls zur Gleichheit in der Beherrschung und Ausbeutung durch das Kapital, die Freiheit wird zur Freiheit des Verhungerns für die, welche sich gegen dieses System auflehnen möchten, und die Brüderlichkeit zur Heuchelei und schmachvollen Wohltätigkeitsprotzerei. Einen wirklichen sozialen Inhalt können alle diese Ideen nur und

erst dann erhalten, wenn sie auf ein System der wirtschaftlichen Gleichheit aufgebaut werden, wenn also alle wirtschaftliche Knechtung und Abhängigkeit radikal beseitigt ist. Dies ist aber nur möglich durch Ueberwindung jener Ordnung, aus der diese wirtschaftliche Ungleichheit stammt, der kapitalistischen Ordnung. Und so verlangt gerade die Verwirklichung der Demokratie den entscheidenden Schritt hinaus über die Welt des Bürgertums, über die Welt des Kapitalismus zu einer neuen Gesellschaftsordnung, zur sozialistischen Ordnung, in der nicht mehr das Privateigentum an den Produktionsmitteln die Menschen in eine kleine Schicht von Herren und eine überwältigende Masse von Parias der Gesellschaft scheidet, in der nicht mehr der Profit der eigentliche Motor und Organisator des Kulturlebens ist, sondern in der alle Güter und Kräfte der Gesellschaft für alle da sein werden und damit endlich die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller ihren wirklichen Einzug unter die Menschen wird halten können. Wer also die Demokratie ernstlich anstrebt, wer aber auch aus der Geschichte zu lernen versteht und erkannt hat, warum sie in hundert Jahren noch so wenig Inhalt gewonnen hat, der kann nicht auf dem halben Wege stehen bleiben, wie es die bürgerliche Demokratie tat, er muß entschlossen den Weg fortsetzen zur Sozialdemokratie. Nicht die bürgerliche Gleichberechtigung erfüllt schon die Idee der Demokratie, sondern erst die soziale; und nicht die bürgerliche Republik gewährleistet die demokratische Befreiung des Volkes, sondern erst die sozialistische Republik.

Ist dieser Zusammenhang erst einmal klar geworden, dann wird man auch nicht mehr in den Schreckworten des Klassenkampfes und des Sturzes der bürgerlichen Gesellschaft einen Widerspruch zur Idee der Demokratie fühlen. Im Gegenteil, man wird nun einsehen müssen, daß es eine pure Verständnislosigkeit, bestenfalls eine schwachmütige Utopie ist, zu meinen, daß man die Verwirklichung der Demokratie ohne Kampf der Klassen, das heißt ohne Ueberwindung und Ausrottung der Grundwurzel erreichen kann, aus der immer wieder Unterdrückung, Unfreiheit und Ungleichheit aufsprießen. Wer hat denn ein Interesse an der gründlichen Aenderung der bestehenden Zustände? Sind es diejenigen, denen es bis heute unter ihnen schon trefflich gegangen ist, die feist und rotwangig dabei geworden sind, oder ist es nicht jene noch immer wachsende Masse, für die diese Ordnung nur Entbehrung und Trostlosigkeit, Leid, Demütigung und Empörung bedeutet? Der Kampf aller dieser zu einer Klasse der Auftrebenden vereinigten Menschen, der Kampf der unterdrückten Klasse gegen die herrschende, der Kampf um Beseitigung dieses Klassengegensatzes und Herstellung einer klassenlosen, solidarischen Gesellschaftsordnung — das ist kein Kampf der Verhetzung, keine Entzweiung oder Herabwürdigung der Menschheit, sondern im Gegenteil ein gewaltiger und entscheidender Schritt zu ihrer endgültigen Betätigung. Es ist wirklich so, wie Lassalle dies einmal in unübertrefflich schönen Worten ausgedrückt hat, daß, wer die Idee des Klassenkampfes im Sinne des Sozialismus anruft, „einen Schrei der Versöhnung ausstößt, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Einigung, in den alle einstimmen sollten, welche Bevorrechtung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen, einen Schrei der Liebe, der für immer der wahre Schrei des Volkes bleiben und um seines Inhalts willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe sein wird, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertönt".

So sehen wir also, daß ebenso, wie der Klassenkampf nur das notwendige geschichtliche Mittel zur Erringung der vollen Demokratie ist, so die Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft, also die soziale Umwälzung,

die notwendige geschichtliche Bedingung dafür ist. Denn die ökonomische Ungleichheit und Unfreiheit ist nicht etwa bloß ein Produkt mangelhafter gesetzlicher Vorsorgen des bürgerlichen Staates oder gar bloß das Werk der Schlechtigkeit einzelner zu bessernder oder zu zügelnder Menschen. Das ist ja die große Erkenntnis, die uns die ökonomische Analyse von Karl Marx vermittelt hat, daß die „Ausbeutung" in der kapitalistischen Gesellschaft kein moralischer Defekt, sondern eine ökonomische Notwendigkeit ist. Sie entspringt aus dem Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise selbst, und auch der moralischeste, menschenfreundlichste Unternehmer muß, will er nicht zugrunde gehen, sich Mehrwert aus der Arbeit seiner Angestellten aneignen, Profit erzielen. Alle diese ökonomischen Grundverhältnisse nun, auf denen die kapitalistische Produktionsweise beruht, fallen aber gänzlich außer jeder politischen Gesetzgebung; der Besitz der einen und die Besitzlosigkeit der anderen, die Mehrarbeit und die Mehrwertaneignung, der Profit, die Produktionskonzentration, die Kapitalsakkumulation, kurz, der ganze ökonomische Prozeß, durch den die Gesellschaft immer mehr bei aller politischen Gleichberechtigung unter die Herrschaft des organisierten Großkapitals gerät — dies alles bleibt von jeder bloß politischen Reformierung, ja Revolutionierung unberührt. Erst der radikale Bruch mit diesem ganzen kapitalistischen System, also erst die soziale Revolutionierung, ergreift das Uebel wirklich an der Wurzel und beseitigt es, indem es jene ökonomischen Bindungen der Menschen ein für allemal zerreißt. So ergibt sich auch von dieser Seite her derselbe Schluß: wir können zur Demokratie nicht anders gelangen als durch den Sozialismus. Wem das eine teuer ist, der muß das andere wollen. Die Republik des freien Menschentums, der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, verwirklicht sich nur in der sozialistischen Republik. Und der Weg dahin ist nur der Weg des revolutionären sozialistischen Klassenkampfes.

So zeigt sich, daß der Begriff der Demokratie ein durchaus zweideutiger ist, sobald von seiner Beziehung zur ökonomischen Klassenzerrissenheit der bürgerlichen Gesellschaft abgesehen wird. Es geht also nicht an, von Demokratie schlechtweg zu sprechen, sondern es scheidet sich scharf die bürgerliche von der sozialen Demokratie, welch letztere noch gar nicht besteht und gar nicht überall im Interesse der ersteren gelegen ist. Und dies hat sofort seine ernsteste Bedeutung für die weitere Bedeutung des Begriffes der Demokratie, der nicht nur Gleichberechtigung in sich schließt, sondern Volksherrschaft. Damit gelangen wir in den Mittelpunkt des ganzen Problems und zugleich zum brennendsten Interesse der Zeit.

2 Kapitel.

Das Lebensprinzip der Demokratie.

Wir sind von dem in der jetzigen Revolution so mächtig einsetzenden Mißtrauen des revolutionären Proletariats gegen die Demokratie ausgegangen und sehen jetzt, daß es seinen guten Grund in der geschilderten historischen Schwäche der bürgerlichen Demokratie hat. Nicht die Demokratie überhaupt ist dem Proletariat weniger teuer geworden, es hat nur gelernt, mehr auf die Klassenbedingtheit der Verwirklichung ihres Ideals zu achten. Und so ist dieser wichtige Unterschied auch gegenüber der Idee der Demokratie als Volksherrschaft zu machen.

Wenn Demokratie Herrschaft des Volkes bedeutet, Selbstbestimmung der Gemeinschaft, wie dies der Name besagt, so wäre jede Gegnerschaft des Proletariats widersinnig. Denn das ist ja gerade das Ziel des Proletariats, daß das Volk nur sich selbst zu gehorchen hätte und seine Geschicke selbst bestimme. Also bedeutet die Gegnerschaft des Proletariats gegen die Demokratie nicht die Ablehnung der demokratischen Idee einer Selbstbestimmung des Volkes, sondern die Leugnung, daß diese Idee durch die überlieferten Formen der Demokratie im Klassenstaat erfüllbar ist. Nicht die Demokratie als Idee wird bekämpft, sondern die Demokratie im kapitalistischen Staate. Diese, und sei sie die verfassungsmäßig radikalste, wird als eine Scheindemokratie, als ein völlig ungeeignetes Mittel der Verwirklichung jener Idee der Selbstbestimmung des Volkes bloßgestellt. Und dies ist deshalb der Fall, weil der Demokratie im kapitalistischen Staate die Grundvoraussetzung fehlt, unter der allein eine Selbstbestimmung des Volkes möglich ist, das einheitliche Volk. Im kapitalistischen Staate gibt es streng genommen überhaupt noch kein Volk, sondern nur eine Bevölkerung, die weder eine wirtschaftliche, noch eine kulturelle, noch eine ideologische Einheit darstellt, sondern vielmehr in jeder dieser Richtungen eine Zerrissenheit von Klassen. Wie sehr auch durch politischen Radikalismus die verfassungsmäßige Rechtsgleichheit entwickelt sein mag, wie immer dem ärmsten Proletarier in politischer Beziehung das gleiche Recht ebenso zugesichert sein mag wie dem reichsten Unternehmer oder Grundbesitzer, in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung schafft die ökonomische Ungleichheit solche Gegensätze, daß jeder Sinn der Demokratie, das heißt der Bildung eines einheitlichen Volkswillens, verloren gehen muß. An dessen Stelle tritt die brutale Majorisierung.

Man muß nämlich verstehen, daß das, worin so viele das Wesen der Demokratie erblicken und weswegen diese so oft als eine an sich unvernünftige und widerspruchsvolle Einrichtung hingestellt wird, das Prinzip der Majorität, durchaus nicht das Wesensprinzip der Demokratie ist. Denn in der bloßen Mehrheit der Stimmen ist kein eigentlicher Rechtsgrund zu finden. Man braucht da gar nicht an das abgehetzte Dichterwort zu erinnern: „Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen." Denn man könnte schließlich ein-

wenden, daß es zur Selbstbestimmung des Volkes gehöre, nach seinem eigenen Verstand zu leben, und daß der höhere Verstand der Wenigen sein Glück nicht ausmachen werde, wenn es die Regelung durch einen solchen Verstand noch als etwas ihm Fremdes und Aufgezwungenes betrachtet. Aber viel berechtigter ist der Hinweis darauf, daß in der Majorität als solcher überhaupt kein Vernunftgrund der Herrschaft gefunden werden kann, da man nicht zu sagen vermag, warum die Mehrzahl die Minderzahl nach ihrer Meinung sollte zwingen dürfen. Mit Recht hat man gefragt, wenn es scheint, als ob es in der Ordnung sei, daß sich die Minorität von zwanzig Stimmen der Majorität von achtzig füge, ob dies ebenso auch für eine solche von neunundvierzig gegenüber der Majorität von einundfünfzig gelte? Man sieht deutlich, die so aufgefaßte Demokratie verwandelt sich in ihr Gegenteil; sie gründet sich in letzter Linie auf die bloße Uebermacht der Mehrheit; es ist nicht mehr Selbstbestimmung des Volkes, sondern Zwang eines Teiles, welcher der größere und stärkere ist, gegen den kleineren und schwächeren.

Das wirkliche Lebensprinzip der Demokratie hat Rousseau in genialer Weise aufgezeigt, aber es ist in seiner revolutionären Bedeutung noch wenig gewürdigt worden. Es ist nicht der Wille der Mehrheit, sondern der Gemeinwille, der allgemeine Wille. Die Abstimmung ist nach Rousseau nur das Mittel, durch welches der Gemeinwille konstatiert werden soll. Die Ueberstimmten haben sich zu fügen, nicht weil sie die wenigeren sind, nicht weil die anderen die Stärkeren sind, sondern weil die Abstimmung gezeigt hat, daß sie mit dem Gemeinwillen in Widerspruch sind. Und diese auf den ersten Blick frappierende Folgerung darf Rousseau machen, weil er von der Voraussetzung ausgeht, die freilich eine Illusion war, aber die welthistorische Illusion der revolutionären Bourgeoisie, daß ihre Herrschaft die wirkliche Befreiung des Menschengeschlechts von allen Herrschaftsgegensätzen bedeuten und daher die solidarische Volkseinheit begründen wird. Sobald nämlich das Volk eine solche solidarische Gemeinschaft bildet, sobald es also keine Lebensgegensätze mehr im Volksganzen gibt, von denen aus die Abstimmungen sich organisieren, dann bedeuten auch wirklich die Verschiedenheiten in der Stimmenzahl keine Vergewaltigung von Lebensinteressen mehr, sondern nur noch mehr oder minder sachliche Meinungsverschiedenheiten über Zweckmäßigkeit und Dringlichkeit vorgeschlagener Entscheidungen. Die Abstimmung wird zu einem bloßen Akt gesellschaftlicher Verwaltung oder Geschäftsführung. Und so wenig sich in einem Verein oder in einer Handelsgesellschaft die Ueberstimmten vergewaltigt fühlen, weil das, was beschlossen wird, immer noch auch von ihnen gewollt wird, wenn sie es auch gern anders durchgeführt gesehen hätten, so wenig ist dies in einer solidarischen Volksgemeinschaft der Fall.

Daß diese Einheit des Volksganzen, die Solidarität seiner Interessen, den eigentlichen Grund der Demokratie ausmacht, zeigt sich darin, daß allen Verfechtern der demokratischen Idee das Streben eigen ist, den Staat in mäßigen Grenzen zu erhalten, um eine Ungleichartigkeit der Lebensverhältnisse zu verhüten, und daß sie den Reichtum bekämpfen, um alle Bürger womöglich in einen gleichen mittleren Wohlstand zu versetzen. Wenn Montesquieu in der Tugend die sicherste Gewähr der Demokratie erblickt, wenn Rousseau immer wieder einschärft, daß die demokratischen Gesetze nur dann nützlich sind, „wenn jeder etwas und keiner zu wenig hat", so sieht man hier bereits die Erkenntnis aufsteigen, daß das Prinzip der Demokratie mit den wirklichen Zuständen der bürgerlichen Gesellschaft in Kampf geraten muß. Und dies ist auch, wie wir gesehen haben, die geschichtliche Tragik der Demokratie in der bürgerlichen Welt: sie muß zuschanden werden an den aus ihren Existenzbedingungen hervorgehenden ökonomischen Klassengegensätzen. Die Idee des Gemeinwillens findet keine Möglichkeit einer Verwirklichung in einem Gesellschaftszustand, in welchem jede Abstimmung, gerade wenn sie in wirklich demokratischen Formen erfolgt, nur auf die Gegensätze des Klassenwillens zurückführen muß. Diese demokratischen Formen sind nun am vollendetsten ausgeprägt in dem Institut der parlamentarischen Volksvertretung. Und so sehen wir, daß auf dem Boden der Klassengesellschaft die sogenannte Volksvertretung niemals zum Ausdruck eines Volkswillens führen kann. In den Formen der parlamentarischen Selbstbestimmung des Volkes vollzieht sich immer nur ein Stück des Klassenkampfes: sie ist stets Machtdurchsetzung, Gewalt der einen Klasse gegen die andere, die die Gesetze der widerstrebenden Klasse aufzwingt. Solange die besitzenden Klassen die Majorität im Parlament haben, üben sie durch dieselbe eine Diktatur aus, wie sehr dies auch durch den Schein des Parlamentarismus verhüllt wird. Aber der nackte Gewaltcharakter dieser Diktatur offenbart sich sofort, wenn etwa die parlamentarische Majorität nicht mehr der Ausdruck einer überwiegenden Vorherrschaft im Lande ist. Dann tritt die ganze staatliche Maschinerie der Unterdrückung durch Polizei und Militär, durch Gericht und Verwaltungsbehörde, in Presse, Vereins- und Volksversammlungen hervor, die bestehende Regierungsmajorität wird zum Terrorismus. Eine Diktatur ist also auch in den Formen des Parlamentarismus möglich, ja im Grunde ist der Parlamentarismus nur die Rechtsform, in welcher sich die Herrschaft der Bourgeoisie noch durchsetzen kann, sobald einmal der Klassengegensatz stark entwickelt ist.

Und dies ist der Grund, warum schließlich überall die wirtschaftlich unterdrückte Klasse, das Proletariat, in den tiefsten prinzipiellen Gegensatz zur Demokratie im Klassenstaat gelangen muß. Denn nun wird gerade an ihrer Entwicklung klar, daß die bloß auf parlamentarische Majorität gegründete Vorherrschaft durchaus nicht dem wirklichen sozialen und kulturellen Entwicklungszustand der Gesellschaft zu entsprechen braucht, als deren Ausdruck vielmehr eine Klasse erscheinen kann, die zahlenmäßig noch um ein geringes unter der Majorität ist *). Die Gegnerschaft des Proletariats gegen die Demokratie ist also bloße Bekämpfung der bürgerlichen Scheindemokratie oder eigentlich ihrer klassischen Ausdrucksform, des Parlamentarismus. Und die dagegen angerufene Diktatur des Proletariats ist gar nichts anderes als die offene Aussprache dessen, was ist, die Aufzeigung des Parlamentarismus als einer bloßen Klassenherrschaft, die als solche auch einmal von einer anderen als der bis jetzt herrschenden Klasse an sich gerissen werden kann, wenn dies auch vielleicht durch außerparlamentarische Mittel geschehen muß. Wenn sich also das Proletariat der staatlichen Gewalt

*) Ganz im Sinne obiger Darlegungen bezeichnet die Erklärung des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte, die am 1. Mai 1919 in der Wiener „Arbeiter-Zeitung" erschien und von Friedrich Adler unterzeichnet ist, die parlamentarische Majorisierung der Arbeiterschaft als „Zufälle der Arithmetik". Sie sagt: „Es lebt im Proletariat die unerbittliche Entschlossenheit, den Schritt zum Sozialismus, der die Niederlage des österreichischen und deutschen Imperialismus möglich gemacht hat, auch tatsächlich zu machen. Daran kann die Arbeiterklasse durch irgendwelche Zufälle der Arithmetik nicht gehindert werden. Daß in den Ausschüssen der Nationalversammlung eine bürgerliche Mehrheit vorhanden ist, kann nichts an der Tatsache der realen Machtverhältnisse im Staate ändern. Das Proletariat fühlt sich als die entscheidende Klasse im Staate und ist entschlossen, den ihm gebührenden Einfluß unter allen Umständen in Anspruch zu nehmen und sich nicht von den paar Vertretern des ausbeuterischen Kapitalismus in der Nationalversammlung seiner Rechte berauben zu lassen." In einem Kommentar zu dieser von der bürgerlichen Presse und in der Nationalversammlung viel umstrittenen Erklärung

bemächtigt und diese diktatorisch gegen die Bourgeoisie ausübt, so liegt hier kein Widerspruch gegen die Idee der Demokratie vor, weil diese in der Welt des Bürgertums überhaupt noch gar nicht besteht. Vielmehr erscheint die Diktatur des Proletariats als der erste Anfang einer Verwirklichung dieser Idee. Denn da die Aufrichtung der Klassenherrschaft des Proletariats nur zu dem Zwecke erfolgt, um durch Beseitigung der kapitalistischen Klassenschichtung eine klassenlose Gesellschaft herzustellen, schafft sie jene neue gesellschaftliche Organisation, in der erst eine wirkliche Solidarität der Lebensinteressen aller begründet und damit das Zustandekommen eines Gemeinwillens ermöglicht wird.

Die Diktatur des Proletariats ist also eine notwendige Forderung sowohl für die ökonomische wie für die politische Befreiung des Proletariats, und die Sozialdemokratie hat sie daher auch, seit sie unter dem Einfluß des Kommunistischen Manifests steht, immer als ihr eigentliches Ziel betrachtet. Erst seit dem Auftreten des Bolschewismus einerseits und des Reformsozialismus (Mehrheitssozialismus) anderseits ist der Anschein entstanden, als ob die Forderung nach der Diktatur des Proletariats ein prinzipielles Scheidungsmoment zwischen Sozialdemokratie und dem sogenannten Kommunismus sei. So sehr dies gegenüber dem Reformsozialismus berechtigt ist, der den Namen der Sozialdemokratie für sich mißbraucht, so sehr muß mit aller Entschiedenheit betont werden, daß die revolutionäre Sozialdemokratie nach wie vor an der Diktatur des Proletariats festhält und in dieser das eigentliche Mittel ihres Sieges erblickt. Es ist daher ganz irreführend, die Sache so darzustellen, als ob es sich für die Sozialdemokratie um die Frage handeln könnte: Diktatur oder Demokratie? Für sie besteht nur die Frage, ob und wann diese Diktatur möglich ist. Mit anderen Worten, es ist dies keine Frage des Prinzips, sondern bloß der Taktik. Der marxistische Sozialdemokrat ist Kommunist und Verfechter der Diktatur des Proletariats; nur läßt er sich diese nicht durch die bloße revolutionäre Leidenschaft diktieren, sondern fragt als Marxist nach ihrer Möglichkeit entsprechend den in jedem Lande verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Diese selbstverständliche Identität der marxistischen Sozialdemokratie mit dem revolutionären Kommunismus konnte nur zweifelhaft werden, weil sich der Bolschewismus als alleinigen Kommunismus ausgab. Wird erst klar, daß Bolschewismus nur eine besondere Taktik des Kommunismus bedeutet, dann schwindet die scheinbare Kluft zwischen den beiden Lagern des Sozialismus.

---

weist auch Friedrich Adler auf den Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie hin. Die bürgerliche Demokratie begnügte sich mit der Forderung „Gleiches Recht für alle". Aber „nun, wo das Proletariat in seine entscheidenden Kämpfe eintritt, wo es sich nicht nur um die Demokratie, sondern um den Sozialismus handelt, ist es Zeit, sich bewußt zu sein, daß es in sozialistischem Sinne nur eine Demokratie der Arbeitenden geben kann. Nicht nur der alte Satz: »Wer nichts arbeitet, soll auch nichts essen!« ist Maxime sozialistischen Denkens, sondern ebensosehr die Forderung: »Wer nichts arbeitet, hat auch nichts dreinzureden« .... Nur wer, auf den Kampf ums Recht in der bürgerlichen Gesellschaft begrenzt, den Blick verloren hatte für den großen Entscheidungskampf um die sozialistische Gesellschaftsordnung, konnte in Gefahr kommen, über der Demokratie den Sozialismus zu vergessen, über der Forderung der Ausdehnung der Gleichberechtigung auf alle Arbeitenden, deren Beschränkung auf die Arbeitenden übersehen." „Der Kampf", Jahrgang XII. Seite 258 und 259.

3. Kapitel.

Kommunismus oder Bolschewismus?

Die Spaltung des Sozialismus in eine sozialdemokratische und in eine kommunistische Richtung bedeutet eine viel ärgere Schwächung des proletarischen Emanzipationskampfes als jede frühere Parteidifferenz. Denn wenn auch jede Störung der Einheit in der Partei zu einer augenblicklichen Schwächung der Kraft der sozialistischen Bewegung führen mußte, so konnte sie schließlich trotzdem ein wirklicher Gewinn werden. Denn dadurch, daß sie Klarheit über unsere Prinzipien und Ziele schuf, daß sie die Anhänger des revolutionären Klassenkampfgedankens aus der weiten Gemeinschaft vieler lauer Freunde oder prinzipiell ganz anders gerichteter Mitläufer in eine kleinere, aber engere zielbewußte Kampfgenossenschaft herausführte, schuf sie erst eine wirkliche Einheit und die Möglichkeit einer viel größeren Entschlossenheit und Wucht des proletarischen Handelns. Das wichtigste bei jeder solchen Spaltung, die eigentlich vielmehr eine Selbstbesinnung und Zusammenfassung Gleichstrebender bedeutet, ist, daß der Trennungsgrund so klar bezeichnet wird, daß er wirklich einen Markstein der Gesinnung und der Erkenntnis von hüben und drüben bedeutet, daß er wirklich also alles zu sammeln ermöglicht, was sich innerlich geschieden von der einen und vereinigt auf der anderen Seite fühlt. Eine solche Spaltung war die des Rechts- und Linkssozialismus im Kriege, bei der die Ablehnung des Sozialpatriotismus, die Betonung der internationalen Interessengemeinschaft des Proletariats selbst auf Kosten der Landesverteidigung und die Notwendigkeit der Ueberführung des Kriegszustandes in den der sozialen Revolution eine wirkliche Einheitsparole bildete, die den ganzen revolutionären Geist des marxistischen Sozialismus lebendig machte gegen alle nationalistische Verfälschung und reformistische Verflachung desselben.

Die aus dieser großen, den Sozialismus wahrhaft rettenden Spaltung hervorgegangene weitere Zuspitzung zum Gegensatz von Kommunismus und Sozialdemokratie überhaupt hat diese wohltätige Wirkung nicht mehr. Denn sie läßt den Trennungsstrich nicht so verlaufen, daß er wirklich als eine Scheidung der klassenkämpferisch revolutionären von den bloß sozialreformerischen Kräften erscheint. Vielmehr trennt sie ganze große, ja ihre eigene Zahl weit überwiegende Massen der Linkssozialisten von sich ab und degradiert sich selbst dadurch zu einer kleinen, sektenartigen Gruppe. Allerdings kann sie sich und anderen eine viel größere Bedeutung vortäuschen, weil sie daraus unverdient Nutzen zieht, daß sie vielfach in Presse und Versammlungen natürlich Beifall findet, wenn sie die revolutionären Grundgedanken des Sozialismus, über die gar kein Gegensatz besteht, als ihre eigene Parteiwahrheit verkündet. Und das muß schließlich Verwirrung und Uneinigkeit im höchsten Maße stiften. Der revolutionäre Sozialdemokrat sieht plötzlich sein Ideal des Kommunismus, dem er immer zugestrebt hat, von sich abgetrennt und zur Bezeichnung einer neuen Partei

verwendet, die sich eigentlich nur durch taktische und organisatorische Fragen von ihm entfernt hat, worüber ihr freilich ein klares Bewußtsein fehlt.

Es ist gewiß zuzugeben, daß das Bedürfnis einer reinlichen Trennung von dem Mehrheitssozialismus, besonders in der Ebert-Scheidemann-Noskeschen Prägung, die den Namen der Sozialdemokratie mißbraucht und in Verruf bringt, die Annahme einer besonderen Parteibezeichnung rechtfertigt, die auch äußerlich erkennen läßt, daß der revolutionäre proletarische Sozialismus mit jener politischen Richtung nichts mehr gemein hat. Und der Name der Kommunisten wäre als Parteibezeichnung für die Linkssozialisten sehr am Platze gewesen. Was jetzt sich so bezeichnet, trüge viel richtiger den Namen der Bolschewiki. Eine solche Parteibezeichnung wäre ein großer Gewinn für das Streben nach Klarheit und Einheit innerhalb des revolutionären Proletariats. Denn es würde dadurch sofort deutlich werden, daß nicht die Frage des Kommunismus das Trennende ist, sondern der ganze Komplex von taktischen Problemen, der eben den Bolschewismus ausmacht.

Wenn wir diese Unterscheidung von Kommunismus und Bolschewismus machen und uns als Sozialdemokraten entschieden zu dem ersteren bekennen, so besagt dies noch nicht, daß wir die Bedeutung des letzteren verkennen. Es liegt uns fern, von einer „bolschewikischen Gefahr" zu sprechen. Mögen vor einer solchen die Kapitalisten und ihre Gefolgschaft zittern. Denn auch wir wünschen, daß das Proletariat bald überall so weit wäre, die unmittelbare Gewalt über die alte Gesellschaft zu erlangen. Nein, die „Gefahr des Bolschewismus" sehen wir nur darin, wenn es gelingt, durch eine Vertauschung der Begriffe von Kommunismus und Bolschewismus diesen letzteren, der doch nur ein Mittel zum ersteren ist, und zwar ein solches, das nur unter ganz bestimmten historischen und sozialen Bedingungen in Rußland sich entwickelt hat, für den allgemein gültigen, überall anwendbaren und einzig allein revolutionären Geist des Sozialismus selbst auszugeben.

Was ist der Bolschewismus? Ich frage hier nicht nach seiner historischen Bedeutung, die eine unvergängliche ist und mit der er sich schon heute unauslöschlich in jedes Proletarierherz eingegraben hat. In dem Bolschewismus und in seinen kühnen, todesmutigen Führern Lenin und Trotzky wird das revolutionäre Proletariat nie aufhören, die große Avantgarde der sozialen Revolution zu verehren, die befreiende Gewalt zu segnen, die zuerst den Blutbann des Krieges zerriß, unter dem den Völkern schon fast alle Hoffnung erstickt schien, und die große Tat zu begrüßen, durch welche dem Proletariat sein historisches Selbstbewußtsein und seine revolutionäre Entschlossenheit wiedererweckt wurden. In diesem Sinne war der Bolschewismus und ist er heute in Rußland und in Ungarn nie eine Gefahr für die revolutionäre Sozialdemokratie, sondern vielmehr eine Unterstützung und fortwährende Stärkung auch ihres Kampfes um eine kommunistische Neuordnung der Gesellschaft. Wir fragen aber jetzt nicht nach dieser historischen Bedeutung, sondern nach der Wesensbeschaffenheit des Bolschewismus. Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, nicht bloß deshalb, weil wir noch zu wenig zuverlässige und besonders seine Wirksamkeit im ganzen erfassende Berichte über ihn haben, sondern vor allem deshalb, weil auch der Bolschewismus kein starres Gebilde, sondern in steter Wandlung begriffen ist, so daß der russische Bolschewismus von heute nicht mehr derselbe ist wie der im Oktober 1917, wie auch der Bolschewismus in Ungarn etwas ganz anderes ist als der in Rußland. Für die Frage der Spaltung im Sozialismus scheint es mir aber sogar viel weniger darauf anzukommen, was der Bolschewismus in Rußland wirklich ist, als in welcher Form

er auf die internationale Entwicklung des Sozialismus eingewirkt und zur Parteibildung der Kommunisten geführt hat. Und da ist das entscheidende Moment die Idee der Diktatur des Proletariats nicht bloß unter Ablehnung der Demokratie, sondern unter prinzipieller Betonung des Terrorismus gewesen. Dieser Terrorismus ergab sich als eine ganz einfache und für selbstverständlich gehaltene Folgerung, weil er als das einzige und unvermeidliche Mittel der Diktatur erschien. Denn da das manuelle Proletariat, selbst als ganze einheitliche Klasse, noch fast überall die Minorität der Bevölkerung darstellt, das revolutionär entschlossene Proletariat aber wieder nur einen Bruchteil dieser Klasse bildet, so schien der Weg der Gewalt, des bewaffneten Aufstandes mit dem eingestandenen Ziele der Entrechtung der ganzen übrigen, das heißt anders gesinnten Bevölkerung als die wirkliche Aufgabe der sozialen Revolution. Das war der eigentliche Inhalt des Bolschewismus am Anfang dieser Bewegung, das heißt nach dem Sieg in Rußland, das ist er noch heute in vielen, besonders jugendlichen Köpfen, wenn er es auch heute gerade nicht mehr in — Rußland ist.

Nun wäre es gewiß eine Naivetät und ein geschichtliches Unverständnis sondergleichen, den Bolschewismus bloß wegen seiner Gewaltanwendung abzulehnen. Mit Recht spotten Lenin und Trotzky über diejenigen, die da meinen, daß der Klassenkampf ganz idyllisch zu Ende geführt werden könne und eine herrschende Klasse freiwillig abdampfen würde. Auch wir kennen das Wort von Marx, daß die Gewalt die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht. Nur glauben wir, daß auch geschichtliche Prozesse ihre Reifezeit haben, vor deren Ablauf die Gewalt so wenig helfen kann als der sonderbare Geburtshelfer, der vor dem neunten Monat sich ans Werk machen würde. Die heute vielen so einwandfrei scheinende Identifizierung von Bolschewismus und Kommunismus wurde nur möglich, weil unter den besonderen russischen Verhältnissen die Gewalt, die das russische Proletariat ausübte, sich als reine Klassengewalt einer scheinbar einheitlichen und einigen unterdrückten Volksmasse darstellte. Denn in einem Lande, in dem die Bourgeoisie eine gesellschaftlich und politisch ganz isolierte kleine Schicht der städtischen Bevölkerung ist und in dem neben einem kolossalen Großgrundbesitz die Masse der Bauern, weil landlos oder verarmt, durch die Forderung der Bodenverteilung dem Sozialismus zugewendet war, konnte sich das Proletariat der Staatsgewalt bemächtigen, als die einzige Klasse, die als die Vertreterin des unterdrückten Volkes auftrat. Hier also wurde der Terror ganz von selbst zu einer bloßen Ausdrucksform des Klassenkampfes, er schien von vornherein nur den Klassengegner zu treffen, und dies um so mehr, als sich in der Folge der russischen Entwicklung die geistigen Arbeiter von der Bourgeoisie loszulösen und zum Proletariat überzugehen begannen, welches sie freilich anfangs abgestoßen hatte. Denn die vielberüchtigte Sabotage der russischen Intelligenz war zum großen Teil eine Folge dieser Abstoßung, die wieder eine Konsequenz der anfänglichen Ueberspannung des Begriffs der proletarischen Diktatur war. Ist erst einmal klar geworden — und zu dieser Erkenntnis rang sich der russische Bolschewismus, wie die letzten Schriften von Lenin und Trotzky beweisen, durch die viele bittere Erfahrungen und durch eine gewaltige Hungerperiode der ganzen städtischen Bevölkerung durch —, daß die Diktatur des Proletariats nicht bedeuten könne die Diktatur bloß der manuellen Arbeiter, sondern der ganzen werktätigen Bevölkerung, dann wandelt sich unmittelbar Art und Inhalt dieser Diktatur in jedem Lande entscheidend je nach der verschiedenen Schichtung und politischen Reife dieser Bevölkerung in den verschiedenen Ländern. Wo in denselben bereits Massen

des Mittelstandes, der Intelligenz, der Bauernschaft zur Ausbildung gelangt sind und bereits eine ausgeprägte eigene politische Meinung haben, dort kann die Diktatur des Proletariats sich nicht mehr gleichsam automatisch in einen Klassenterror bloß gegen die Bourgeoisie oder gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung umsetzen. Denn allzu große Teile der werktätigen Bevölkerung selbst, ja sogar Teile des Proletariats hängen hier noch durch wirkliche oder vermeintliche Interessen mit der alten Ordnung zusammen. Versucht hier ein Teil des Proletariats die Diktatur als Klassenterror durchzusetzen, so verwandelt sich diese Diktatur in Spartakismus, das heißt in bewaffneten Putschismus. Das ist dann schlimmer als Bürgerkrieg, der schließlich an gewissen kritischen Punkten im Klassenkampf nicht zu vermeiden ist, nämlich — wie die deutschen Ereignisse erschütternd bewiesen — Bruderkrieg, den das Proletariat ebenso prinzipiell verwerfen muß wie den Völkerkrieg. Nicht die „Führer" sind daran schuld, daß die Diktatur des Proletariats außerhalb Rußlands noch nicht gesiegt hat, sondern die großen Massen des Proletariats, die selbst noch nicht dafür reif sind und den Rechtssozialismus halten. Erst wenn die Diktatur des Proletariats zur Forderung des ganzen werktätigen Volkes geworden ist, wird die Gewalt, soweit sie dann noch nötig ist, wirklich die Geburtshelferin einer reif gewordenen neuen Zeit*).

*) Als Ergänzung dieses Kapitels sei auf mein Vorwort „Sozialismus und Kommunismus" zu dem im Heft 6 der „Sozialistischen Bücherei" erschienenen Kommunistischen Manifest hingewiesen.

4. Kapitel.

Die Diktatur des Proletariats.

In den vorausgegangenen Kapiteln suchten wir zu zeigen, daß weder die Ablehnung des Parlamentarismus noch die Forderung des Kommunismus Programmpunkte sind, die eine prinzipielle Verschiedenheit zwischen der linksseitigen Sozialdemokratie und dem Bolschewismus begründen, sondern daß in beiden Fällen der letztere nur eine bestimmte, aus ganz besonderen geschichtlichen und sozialen Bedingungen örtlich hervorgegangene Taktik bedeutet, die nicht ohneweiters überallhin übertragbar ist, so vieles wir auch überall von ihr zulernen können und sollen. Nun aber scheint es doch einen Punkt zu geben, in dem ein solcher prinzipieller Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und der neuen kommunistischen Partei (Bolschewiki) besteht, und dies ist die Stellung des revolutionären Proletariats zur Staatsgewalt. Erst von der richtigen Erfassung derselben ergibt sich, wie die Kommunisten mit Recht betonen, der eigentliche Sinn der großen Forderung nach der Diktatur des Proletariats.

Ueber diesen Gegenstand hat Lenin kurz vor der Oktoberrevolution ein Buch veröffentlicht, „Staat und Revolution", welches die theoretische Grundlage des Bolschewismus geworden ist und das auch wirklich das größte Interesse verdient. Denn es stellt sich zur Aufgabe, aus den Werken von Marx und Engels die auf das Verhältnis des Proletariats zum Staat bezugnehmenden Stellen in möglichster Vollständigkeit zu einer geschlossenen Lehre zu vereinigen und erfüllt auch diese Aufgabe mit großem Scharfsinn in der Deutung dieser Stellen. Diese Arbeit Lenins ist unbedingt ein großes Verdienst um den Marxismus; denn sie bringt nicht nur viele weniger bekannte Gedanken von Marx und Engels in Erinnerung, sondern sie stellt auch die bekannten von dem Klassencharakter des Staates und von der Abschaffung desselben durch das Proletariat infolge ihrer Einordnung in einen größeren Zusammenhang des Marxschen Denkens in ein neues Licht, das erst ihre ganze Bedeutung sichtbar werden läßt. Wir erkennen diesen Wert des Leninschen Buches, das damit sicherlich eine Lücke der marxistischen Literatur ausfüllt, um so freudiger an, als wir in den Erkenntnissen und Folgerungen desselben nirgends etwas erblicken, was nicht auch zu den Grundgedanken der revolutionären Sozialdemokratie gehörte, sie müßte denn aufgehört haben, den Marxismus zu ihrer Grundlage zu nehmen. Gerade das aber ist der ständige Vorwurf Lenins und der ihm folgenden Kommunisten; deshalb nennen sie uns Verräter und Verfälscher des Marxismus — wir werden noch sehen, mit welchem Rechte.

Die Grundgedanken des Leninschen Buches sind folgende: Marx und Engels haben uns gelehrt, den Staat als eine Klassenherrschaft der besitzenden Klasse zu begreifen. Der Staat ist eine Unterdrückungsmaschine der herrschenden Klassen gegen die Masse der Armen und Besitzlosen. Diese können sich nur dadurch befreien, daß sie selbst die Staatsgewalt ergreifen

und durch Verwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum die Klassenunterschiede aufheben. Aber zu diesem Zwecke kann, wie Marx und Engels ausdrücklich unter dem Eindruck der Erfahrung der Pariser Kommune im Vorwort zum „Kommunistischen Manifest" im Jahre 1872 betont haben, das Proletariat „nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen". Sondern es muß, wie Marx schon in seiner Schrift „Der 18. Brumaire" nach der bürgerlichen Revolution von 1848 ausführte, *diese Maschine zerbrechen*. Daß dies kein gelegentlicher Gedanke Marxens war, ergibt sich daraus, daß er gerade während der Kommune in einem Brief an Dr. Kugelmann sich auf diese Stelle im „Achtzehnten Brumaire" berief und wiederholte, es werde der nächste Versuch der französischen Revolution sein müssen, „nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern *sie zu zerbrechen*, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent". Dieses Zerbrechen der bürgerlich-kapitalistischen Staatsmaschine erfolgt durch die Diktatur des Proletariats, die bereits das „Kommunistische Programm", ohne noch das Wort für diesen Begriff zu haben, verkündet.

Aber damit sind wir nun zu einem entscheidenden Punkt der Marx-Engelsschen Lehre von der Umwandlung des Staates gelangt. Denn was bedeutet diese Diktatur? Wird sie etwa den Staat sofort abseßen und durch die sozialistische Gesellschaft ersetzen? Nein, das ist gar nicht möglich. Der Staat wird, wie Engels ausführlich in seinem Buche gegen Eugen Dühring auseinandersetzt, nicht „abgeschafft", sondern es folgt zunächst auf den bürgerlichen Staat der *proletarische Staat*. Und da jeder Staat eine Klassenherrschaft ist, so ist es auch dieser: die Herrschaft des Proletariats; und da jeder Staat eine Unterdrückungsmaschine ist, so ist es auch dieser: eine Maschine zur Unterdrückung der Unterdrücker und Ausbeuter. So sagt schon das Kommunistische Manifest, „daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse" sein wird, und bezeichnet an einer anderen Stelle den Staat nach dem Siege der Arbeiterklasse als „das als herrschende Klasse organisierte Proletariat". Erst *nach* dieser Diktatur des Proletariats oder eigentlich vermittels derselben, indem nunmehr die Bürokratie und die Militärorganisation des alten Staates zerschlagen, der Parlamentarismus beseitigt und ein System kommunaler Selbstverwaltungskörper eingerichtet wird, das sich eine einheitliche Nationalregierung schafft, wird der Staat überwunden werden: er stirbt ab, wie der treffende Ausdruck Engels' lautet. Aber dies wird nur möglich, wenn das Proletariat als herrschende Klasse alle Staatsgewalt rücksichtslos gegen die bisherigen Unterdrücker und Ausbeuter gebraucht, wenn es sie also von den politischen Rechten radikal ausschließt. Diese Unterdrückung des proletarischen Staates unterscheidet sich sehr wesentlich von der des bürgerlichen Staates; denn sie trifft nur eine Minorität. Sie ist überdies kein bleibender Zustand, sondern nur das Mittel, wodurch sich die Ueberwindung des Staates überhaupt vollzieht. Die soziale Revolution muß notwendig durch das Stadium des proletarischen Staates, dieser Unterdrückungsmaschine des Bürgertums, hindurch. Das ist der Sinn des Satzes von Karl Marx: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Ihr entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*."

Es gibt kein einziges Glied in dieser Gedankenkette, dem wir Linkssozialdemokraten nicht völlig beistimmen würden; ja, wir hätten es uns

niemals träumen lassen, daß es irgend jemand beifallen könnte, aus dem, was den ganzen Sinn und die revolutionäre Energie des proletarischen Klassenkampfes ausmacht, ein gegnerisches Unterscheidungsmerkmal zur Sozialdemokratie zu machen. Wenn wir also von der berechtigten Opposition gegen den Rechtssozialismus, gegen die deutsche und die französische Scheidemännerei absehen, die freilich schon längst aus der Sozialdemokratie eine soziale Demokratie gemacht hat, so können wir abermals keinen prinzipiellen Unterschied gegenüber dem Bolschewismus finden, der diese Lehre für sein Eigentum ausgeben möchte. Wenn wir trotzdem keine Bolschewiki sind, so hat das seinen Grund gerade in den Konsequenzen, die wir aus der Marxschen Lehre von der Diktatur des Proletariats ziehen.

Der springende Punkt ist auch hier derselbe, den wir bereits in dem zweiten Kapitel dieser Schrift erörterten. Die Diktatur des Proletariats als Aufrichtung einer Klassenherrschaft steht in scheinbarem Widerspruch zur Idee der Demokratie, aber nur deshalb, weil sie der bürgerlichen Demokratie widerstreitet, die sich fälschlich mit jener Idee identifiziert, in Wirklichkeit aber nur die Rechtsform für die Diktatur des Besitzes abgibt. Sie trägt dagegen ihre Rechtfertigung, und zwar die einzig mögliche, dadurch in sich, daß sie das Mittel ist, die wirkliche Demokratie erst herzustellen, die eben erst durch Beseitigung der Klassengegensätze möglich wird. Darum bezeichnet schon das Kommunistische Manifest die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse als „die Erkämpfung der Demokratie", und spricht Engels davon, daß die bisherige Staatsmacht „durch eine neue, in Wahrheit demokratische" ersetzt werden soll. Ja, in seiner Kritik des Entwurfes zum Erfurter Programm, in der er bemängelt, warum die Partei nicht die Forderung nach der Republik aufgestellt habe, schreibt er: „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Dies ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat." Und übereinstimmend damit bezeichnet Marx in dem erwähnten Brief an Dr. Kugelmann den Charakter jener Revolution, die allein die bürgerliche Staatsmaschine zerbrechen kann, als eine „wirkliche Volksrevolution".

Diese ganz unzweideutige Beziehung des Begriffes der Diktatur des Proletariats zu der Idee der wahren Demokratie tritt nun zumeist in der Propaganda der Kommunisten zurück. Sie enthält aber den wesentlichen Umstand, der über die Möglichkeit einer Diktatur des Proletariats im Sinne von Marx und Engels entscheidet. Denn *nur dann* kann die Aufrichtung der Klassenherrschaft des Proletariats wirklich das Mittel werden, die Unterdrückungsmaschine des Staates zu zerbrechen, wenn sie selbst die Vereinigung, wohl nicht aller, so doch der wesentlichen gegen diese Unterdrückung gerichteten Volksinteressen ist, wenn sie also zum Ausdruck eines Widerstandes geworden ist, der die *ökonomisch entscheidenden Schichten* des gesamten Volkes umfaßt. Nur in diesem Falle und erst dann nämlich bewahrheitet sich der Satz des Kommunistischen Manifestes, daß alle bisherigen Revolutionen Bewegungen von Minoritäten waren, die proletarische Revolution dagegen die Bewegung der überwiegenden Majorität im Interesse dieser Majorität sei. Erst dann wird die vom Proletariat ausgeübte Gewalt eine solche, die sich *nur noch gegen eine Minorität* richtet, während sie sich sonst nur allzu leicht in eine solche der bloßen Minorität gegen die Majorität des leidenden Volkes selbst verwandeln könnte. Es ist niemand anderer als Lenin selbst, der auf diesen Umstand, daß die von der Diktatur des Proletariats ausgeübte Gewalt nur gegen die ausbeuterische

Minorität gerichtet sei, immer wieder das allergrößte Gewicht legt und davon allein die Verwirklichung des Marxschen Begriffes einer „Volksrevolution" ableitet. Er bezeichnet nämlich vor allem den Bund der ärmsten Bauern mit den Proletariern als einen solchen, „ohne den die Demokratie stabil (das heißt stationär) und die sozialistische Umgestaltung unmöglich ist". Und an einer anderen Stelle sagt er von der Diktatur: „Als Unterdrückungsorgan tritt hier nicht die Minorität der Bevölkerung auf, wie er stets bei der Sklaverei, der Leibeigenschaft oder der Lohnarbeit der Fall war, sondern die Majorität des Volkes."

Die Auffassung also, daß die Diktatur des Proletariats eine mit der Demokratie notwendig im Gegensatz stehende Machtdurchsetzung ist, die naturgemäß zu einem die entgegenstehende Masse niederhaltenden Gewaltregiment werden muß, ist nur die Konsequenz der Idee einer Diktatur der Minorität. In diesem Sinne entspringt das jetzt so viel Verwirrung anstiftende Schlagwort von der Diktatur des Proletariats sichtlich nur den unentwickelten sozialen und politischen Zuständen Rußlands, wo die Bolschewiki daran verzweifeln mußten, ihre Ziele bald verwirklicht zu sehen, wenn sie warten sollten, bis die ökonomische Entwicklung ihres Landes das Proletariat in die Majorität oder auch nur zur Wortführerin der Majorität des Volkes gemacht hätte. Daher rührt auch der gerade von den Bolschewiken gehegte Typ der revolutionären Organisation vor der Revolution, die auf Massengewinnung direkt verzichtete und eine Geheimorganisation von Führerzentralen entwickelte, in der das Schwergewicht der Bewegung lag. Kam es doch nur darauf an, daß revolutionäre Führer der Masse da waren und daß diese wußten, um was es gehe. Auf diese Weise ist diese Diktatur überhaupt gar nicht eine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur einzelner proletarischer Führer, ganz abgesehen davon, daß sie, wie das heutige Beispiel der Sowjetregierung beweist, welche nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch den ganzen nicht bolschewistischen Sozialismus unterdrückt, zuletzt sogar eine Diktatur gegen einen großen Teil des Proletariats werden kann. Die Legitimation zu einem solchen Vorgehen schöpft diese Diktatur wieder aus einem Umstand, der ihr eigenes widerspruchsvolles Wesen im krassesten Lichte zeigt, nämlich aus der Ueberzeugung, daß sie nur das Wohl und Entwicklungsinteresse des ganzen Proletariats, ja schließlich der Gesellschaft will und daher berechtigt ist, alles zu tun, was sie dafür förderlich hält, selbst wenn die Massen des Proletariats nicht hinter ihr sind, weil sie — wie sie meint — ihr eigenes Interesse noch nicht verstehen. Ganz im Geiste dieser Anschauung hat auch jüngst ein leidenschaftlicher „Kommunist" in einer Wiener Versammlung die These aufgestellt und offenbar für sehr revolutionär gehalten, man müsse die richtige Lehre dem Arbeiter mit Gewalt aufzwingen, wenn er sie nicht von selbst hegt. Das schmeckt schon sehr nach dem Eifer des Katholizismus, der von jeher nach dem Prinzip gehandelt hat:

„Und willst du nicht mein Bruder sein,
So hau' ich dir den Schädel ein."

Im besten Fall mündet also diese Form der Diktatur des Proletariats — ein wahres Zerrbild des großen Gedankens des Kommunistischen Manifestes — in den Geist des — aufgeklärten Absolutismus, womit die Gegnerschaft gegen jede Demokratie sich freilich von selbst ergibt.

Aus all dem ergibt sich: die Diktatur des Proletariats ist zwar ganz sicher Bekämpfung, ja Vernichtung der bürgerlichen Demokratie durch Aufrichtung einer entschiedenen und rücksichtslosen Klassenherrschaft, aber gewiß nicht eines Klassenterrors. Sie erreicht ihr Ziel nur auf dem Wege des unverminderten Klassenkampfes der ganzen Klasse der

Unterdrückten und Ausgebeuteten, nicht aber durch Putsche oder Streiks, mit denen ein Teil dieser Klasse der anderen seinen Willen aufzuzwingen sucht. Das Ziel, die Zerbrechung der bürgerlichen Staatsmaschine, muß die ganze Technik des revolutionären Sozialismus durchdringen. Und in dieser Richtung könnte sogar noch vor Aufrichtung der proletarischen Diktatur gründlichere Vorarbeit geleistet werden, als bis jetzt geschehen ist. Namentlich die Beseitigung oder mindestens Auswechslung der alten Bürokratie wird sich als eine vitale Entwicklungsbedingung jeder wirklichen Sozialisierung herausstellen. Aber abgesehen davon ist die Frage, wann und wie dieses Ziel der Zerschlagung des bürgerlichen Staates zu verwirklichen ist, ganz offenbar eine gar nicht für alle Länder in gleicher Weise zu beantwortende Frage, sondern hängt gerade deshalb, weil es sich eben um die Herstellung einer über das manuelle Proletariat hinausgehenden Einheitsfront der ganzen ausgebeuteten Bevölkerung handelt, ganz wesentlich von der Art und dem Entwicklungsgrad der sozialen Differenzierung und politischen Revolutionierung ab. In einem sozialen Zusammenhang, in welchem die städtische Bevölkerung infolge der vorgeschrittenen Entwicklung der Industrie und des Handels von vorwiegender Bedeutung ist, wird zum Beispiel die Ausbreitung sozialistischer Gedanken und Interessen in der Schicht der Intellektuellen, des Mittelstandes, der geistigen Arbeiter eine Grundvoraussetzung für die Möglichkeit der proletarischen Diktatur sein. Und wenn es unmöglich sein sollte, die Bauernschaft wegen ihrer ökonomisch ganz anderen Lage als in Rußland und Ungarn für den Sozialismus rasch zu gewinnen, so werden Wege gesucht werden müssen, den Bauern wenigstens die Angst vor dem Sozialismus zu benehmen und sie mit ihrem Eigeninteresse an ihm zu interessieren, wozu vielleicht, wie wir noch sehen werden, mit den Arbeiter- und Bauernräten sich ein Weg eröffnet. Jedenfalls zeigt sich, daß die Diktatur des Proletariats in unseren entwickelten Sozialverhältnissen kein einfaches Barrikadenproblem ist, aber auch keine Zweifelfrage für die Sozialdemokratie; sondern abermals mündet der Streit mit den Kommunisten in eine Frage der Taktik und der revolutionären Reife der Massen. Die fortgeschrittene politische und soziale Reife großer Volksschichten erzwingt sich einfach ihre ökonomische und politische Geltung. Hier spricht die Diktatur nur aus, was ist. Man kann aber nicht die ökonomische und politische Unreife durch die Diktatur ersetzen. Man kann sie durch Aufrichtung eines Gewaltsystems und Verbreitung von Schrecken aller Art eine Weile verhüllen und überdauern, aber nur um den gefährlichen Preis einer absoluten Preisgebung aller moralischen und kulturellen Lebensinhalte des Sozialismus, von der Unmöglichkeit der Befriedigung jener materiell-ökonomischen Forderungen ganz zu schweigen.

Ist also der Streit um die Diktatur nur eine Frage der Taktik und Reife der Bewegung, so darf uns dies nicht hindern, ja muß in Gegenteil uns antreiben, die Aufklärungsarbeit über die Notwendigkeit der Diktatur und über ihren Sinn als der Forderung nach Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschine und Aufrichtung der Klassenherrschaft des Proletariats nachdrücklicher als bisher durchzuführen. Denn je mehr diese Aufklärung wächst, je breitere Schichten sie erfaßt, um so mehr wird die Diktatur des Proletariats aus einer Frage der Taktik zu einer Antwort der Tat werden. Hier setzt das Werk der aus der Revolution geborenen neuen Kampforganisationen des Proletariats ein, das Werk der Arbeiterräte.

5. Kapitel.

Ursprung und Idee der Arbeiterräte.

Die Idee der Arbeiterräte ist gegenwärtig wohl die dem Herzen und Sinn des revolutionären Proletariats teuerste Vorstellung geworden In ihr verkörpert sich gleichsam das umwälzende Werk der sozialen Revolution zu anschaulichen, die neue Ordnung unmittelbar vorbereitenden Organisationsformen. Gleichwohl ist sowohl ihr Wesen wie ihre Bedeutung auf das heftigste umstritten. Wollen wir in diesem Streite der Meinungen versuchen, gegenüber den Leidenschaften, die nur zu oft das Urteil vorweg bestimmen, zuerst eine vorurteilslose Einsicht zu gewinnen, die eine objektive Entscheidung ermöglicht, so wird es zweckmäßig sein, Wesen und Bedeutung der Räteverfassung doch vorerst kritisch zu betrachten, unbeschadet alles Enthusiasmus, den dieses großartige neue Kampfmittel der proletarischen Revolution sicherlich verdient. Und in dieser Hinsicht scheint mir für das Verständnis der eigenartigen historischen Bedeutung der Arbeiter- und Soldatenräte von entscheidender Bedeutung, viel mehr hervorzuheben, daß sie ein Produkt der russischen Arbeiterbewegung, als daß sie eine Frucht der Revolution sind. Denn dieser geschichtliche Ursprung erklärt zugleich manche charakteristische Schranke und Schwäche ihrer bisherigen Entwicklung.

Die Sowjetverfassung ist ganz offenbar das Produkt der unentwickelten ökonomischen und politischen Zustände des zaristischen Rußland. In einem Lande, in welchem die industrielle Arbeiterschaft eine fast verschwindende Minorität der Bevölkerung darstellte und in welchem sowohl infolge dieser ökonomischen Rückständigkeit als infolge der absolutistischen Unterdrückung des öffentlichen Lebens alle gewerkschaftliche und politische Organisation des Proletariats nur im höchst unvollkommenen Maßstab zur Entfaltung gelangen konnte, konnte sich die Revolution dieser ihr sonst von der sozialdemokratischen Agitationsarbeit dargebotenen Bewegungsformen nicht bedienen. Die Aufrüttelung und Zusammenfassung des Proletariats in diese revolutionären Kader seiner sozialistischen gewerkschaftlichen und politischen Vereine setzt eine unermüdliche Organisationsarbeit voraus und verlangt eine gründliche Schulung, eine stramme Disziplin und eine große Opferwilligkeit der Arbeiter, denen oft zugemutet wird, ihre momentanen ökonomischen Interessen — wie zum Beispiel bei einem Sympathiestreik — den Interessen der revolutionären Entwicklung hintanzusetzen. Alles dies kann nur das Werk jahrelanger Bemühungen sein, die sich durch den noch so stürmischen Drang plötzlicher Revolutionsnotwendigkeiten nicht ersetzen lassen.

Dagegen erscheint in solchen Momenten, welche das Volk mit einem Male auf die Bühne der Geschichte bringen, die Gliederung der breiten Massen nach ihrer wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit, vor allem also des Proletariats nach seinen Fabrikbetrieben, der Soldaten nach ihren Kompagnien und Regimentern, der Bauern nach ihren Gemeinden wie

eine naturwüchsige Gemeinschaft. Eine ungemeine Anschaulichkeit macht unter dieser Form der Zusammengehörigkeit die Idee der Klassengemeinschaft verständlich. Die Bande der Kameradschaft in der Fabrik, in der Kompagnie, im Dorfe verwandeln sich unmittelbar in Kräfte der Klassensolidarität, indem sie aus den gleichen Empfindungen und Interessen des täglichen Daseinskampfes das so ungemein verbindende Gefühl der ökonomischen Schicksalsgemeinschaft erstehen lassen. In der von selbst gegebenen Geschlossenheit dieser wirtschaftlichen Gruppierung nach Fabrikbetrieben steht die Klasse der Arbeiter mit einem Male in anschaulicher Organisation vor ihrem eigenen Bewußtsein. Der Proletarier braucht scheinbar aus seinem gewohnten Leben gar nicht zu neuen Formen überzugehen, um sich als Klassengenosse organisiert zu finden. Und so erscheint ihm diese Organisationsform als die eigentlich proletarische, da sie ja nichts anderes ist als die Lebendigkeit und Selbstbewußtheit des Proletariats selbst. Daß dieses Leben und Bewußtsein der Klasse gar nicht aus der Gliederung nach Betrieben für sich allein schon folgt, sondern das Resultat einer revolutionär gewordenen geschichtlichen Lage des ganzen Volkes ist, deren Gluthitze in Wochen zur Reife bringt, was sonst Jahre des Wachsens benötigt, bleibt den einzelnen dabei ebenso verschlossen, wie daß diese Organisationsform große Schichten des Proletariats von vornherein gar nicht erfaßt, also keineswegs dem Leben und Wesen des Proletariats so angemessen ist, wie es den Anschein hat. Denn das ganze Heer der kleingewerblichen Arbeiter, die in der Hausindustrie Tätigen, die Dienstboten, die Massen der Angestellten und der geistigen Arbeiter überhaupt, sie können von dieser Form nicht sofort erfaßt werden und bleiben im Rate der Arbeiter zunächst unvertreten.

Ganz ähnlich knüpfte die revolutionäre Auflösung der Armee in Rußland an die von vornherein gegebenen Einheiten der militärischen Gliederung als ebenso vielen Agitations- und Organisationszentren an und stellte so neben die Arbeiterräte die Soldatenräte, freudig begrüßt von den ersteren, da ja erst der Zerfall der Armee die Revolution möglich machte, wiewohl sich nur zu oft herausstellen sollte, daß es nicht immer revolutionäre proletarische Klassengesinnung war, was die Soldatenräte bewegte.

Wieso kommt es nun, daß diese Formen der russischen Revolution, so durchaus das Produkt ihrer unentwickelten politischen und ökonomischen Zustände, gleichwohl auf der so viel vollkommener entfalteten Entwicklungsstufe des Parteilebens in Deutschland und Oesterreich so populär werden konnten, daß sie hier überall zu der mit Begeisterung ergriffenen Form wurden, in welcher der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse sich weiterhin vollzieht?

Dies hängt zunächst mit dem Enthusiasmus zusammen, den die russische Revolution in der ganzen proletarischen Welt auslöste, und mit dem tiefen Eindruck, den ihre Formen als die ersten, an denen sich der Blutdamm des Krieges brach, auf alle revolutionären Gemüter machen mußten. Es entspricht der Massenpsychologie, daß sie dem Triebe der Nachahmung fast willenlos unterliegt, um so mehr, wenn dabei so viele Affekte der Bewunderung, der Hoffnung und des Klasseninteresses mit ins Spiel kommen. Aber zu diesem psychologischen Antrieb gesellten sich noch mächtig wirkende Motive aus der inneren Situation des Parteilebens selbst, auf die bereits die Kritik der Parteiminorität gerade im Kriege oft genug hingewiesen hatte und die darum hier nur kurz angeführt werden mögen.

Das Wachstum der Sozialdemokratie in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege bedeutete keineswegs auch eine Verstärkung ihres revolutionären Charakters. Im Gegenteil: nach beiden Hauptrichtungen ihrer Tätigkeit, nach der gewerkschaftlichen wie politischen, war eine bedenkliche Verflachung und Anpassung an den kapitalistischen Klassenstaat eingetreten. Die Ge-

werkschaften waren immer mehr zu einem Kampfinstitut für die Gegenwartsinteressen der Arbeiter geworden; sie züchteten geradezu einen Geist der Kleinarbeit, der zwar zu großen Opfern in den Kämpfen um Lohnerhöhung und Gewinnung besserer Arbeitsbedingungen bereit war, darüber hinaus aber jedes andere Opfer in dem Maße verhorreszierte, als dadurch die Kraft der Gewerkschaft geschwächt werden könnte. Unter ihrem Einfluß nahm der Sozialismus die Form einer bürokratischen Volksversicherung an, die bloß zur Feiertagserbauung noch von den letzten Zielen des Kommunismus redete, von denen man sich im übrigen noch weltenfern getrennt sah. Nicht besser sah es mit der revolutionären Lebendigkeit des Sozialismus in den politischen Organisationen aus. Hier verdrängten die Anforderungen des Parlamentarismus fast alle Bedürfnisse einer unmittelbaren Anteilnahme der Massen an der politischen Tätigkeit selbst. Alle Aktion konzentrierte sich gleichsam in den Abgeordneten, deren Zusammenhang mit den Massen ein um so loserer werden mußte, als die Arbeitsbedingungen innerhalb des Parlaments oft Notwendigkeiten des Kompromisses mit bürgerlichen Parteien oder der Zurückstellung proletarischer Forderungen schufen, welche die Massen nicht sogleich zu verstehen vermochten. Dies wäre auch nicht von solchem Uebel gewesen, wenn man nicht allmählich dazu gelangt wäre, das Schwergewicht der ganzen Tätigkeit der Partei in die Fraktionspolitik zu verlegen, in die Couloirstrategie und Klubdiskussion, so daß die Politik der Sozialdemokratie überhaupt aufhörte, eine lebendige Bewegung der Masse des Proletariats selbst zu sein, und diese letztere immer mehr gewöhnt wurde, alle Initiative ihren Abgeordneten, ja eigentlich bloß der Parteileitung zu überlassen. Das ganze Netz der politischen Organisation mit ihren Orts-, Bezirks- und Ländervertrauensmännern bildete so nur ein zweites bürokratisches System, das überall darauf angelegt war, die Unmittelbarkeit der proletarischen Aktion verschwinden zu lassen hinter ihren alteingesessenen Vertretern. Die demokratische Selbstbestimmung des Volkes war damit zu einer hohlen Form geworden.

Demgegenüber mußte der Arbeiterrat wie eine direkte Wiederbelebung der Demokratie erscheinen. Und es ist ganz unleugbar, daß er gegenüber den alten Organisationsformen so große und unentbehrliche Vorzüge aufweist, daß man heute wohl jene alten Formen als überlebt bezeichnen darf. Der Arbeiterrat umfaßt die Arbeiter eines ganzen Betriebes ohne Rücksicht auf die Richtung ihrer Parteizugehörigkeit im Sozialismus, das heißt also ebensowohl den Sozialdemokraten wie den Kommunisten 2c., und ohne Spaltung in eine gewerkschaftliche und politische Richtung. Damit vollzieht sich nun viel rascher und intensiver als früher die Erweckung des politischen Interesses durch die Schaffung einer Massenteilnahme an der politischen Diskussion. Indem jeder einzelne sich hier mithandelnd findet und seinen Beitrag in den Ergebnissen des Tages gleichsam vor Augen sieht, schlingt sich nun das Band enger zwischen der Masse und den von ihr Gewählten, die unter ihrer täglichen, ja stündlichen wirksamen Kontrolle stehen. Und diese Kontrolle bewirkt wieder eine größere revolutionäre Entschiedenheit der Führer selbst, eine Verminderung aller jener Gefahren, die sonst den Abgeordneten, nur zu oft gegen seinen Willen, in eine Entfremdung gegenüber dem eigentlichen revolutionären Interesse des Proletariats gebracht haben. Nun wächst auch die Initiative der Partei, die aus so vielen Volksanregungen, die sonst keine Möglichkeiten haben, wirksam zu werden, sich bereichert. Und die ganze Massenbewegung der Klasse des Proletariats erhält so ein viel stärkeres Bewußtsein von sich selbst, die Kraft und das Selbstgefühl der Klasse steigt, und unter ihrem leidenschaftlich gesteigerten Ansturm gerät das Rad der Geschichte in immer stürmischere Bewegung.

Aber trotzdem dürfen wir für manche große Gefahren dieses neuen Kampfmittels nicht blind sein, die allerdings erst dann entstehen, wenn die Institution der Arbeiterräte ihre historische Funktion überschreitet, bloß eine revolutionäre Uebergangsform zu sein.

Die Arbeiterräte dürfen für nichts anderes gelten und benützt werden, als bloß für neue Kampfformen des sozialistischen Klassenkampfes, nicht aber für dauernde Gestaltungsprinzipien einer neuen Gesellschaft, als ob sich in ihnen bereits der Sozialismus verwirkliche. Verschwindet jemals aus dem Bewußtsein der Massen oder tritt auch nur in den Hintergrund, daß das Ziel des proletarischen Emanzipationskampfes die Beseitigung der Klassengesellschaft und damit die Aufhebung des Proletariats ist, so würde der Rätekongreß seine ganze revolutionäre Bedeutung verlieren. Im Gegenteil, er wirkte dann gegenüber dem Klassencharakter der Gesellschaft eher konservativ als destruktiv, das heißt, er würde den Klassencharakter des Proletariats stabilisieren, nur daß er ihn zur geistigen und materiellen Grundlage einer neuen Herrschaftsform machen würde. Nichts Verhängnisvolleres aber für die Entwicklung zum Sozialismus könnte es geben, als wenn das Prinzip der Räteverfassung aus einem Kampfgedanken gegen alle Herrschafts- und Unterdrückungsformen der heutigen Gesellschaft sich im Geiste vieler seiner Anhänger nur zu der Vorstellung eines Rollenwechsels im Herrschaftsverhältnis verdichten würde: früher waren die Arbeiter die Bedrückten, jetzt sind sie die Herren. Das wäre eine arge Mißdeutung des revolutionären Sinnes einer Diktatur des Proletariats, die ja alle Rechtfertigung für die Herrschaft und Unterdrückung, die sie ausüben muß, mit Recht darin erblickt, daß dies nur nötig ist und auch nur soweit geschieht, als erforderlich ist, um einen Zustand der Gesellschaft herbeizuführen, in dem jede politische und soziale Unterdrückung unmöglich ist, weil in ihm mit dem ganzen Herrn- und Dienerverhältnis und mit allen Formen der Ausbeutung radikal aufgeräumt worden ist. Gewiß haben die Vorkämpfer der Sowjetverfassung, Trotzky und besonders Lenin, die Räteverfassung nie in einem anderen Sinne verstanden und vertreten, als in dem Sinne, bloß das revolutionäre Werkzeug zu sein, mit dem, wie wir im vorigen Kapitel die Aufgabe dargestellt haben, die Unterdrückungsmaschinerie des kapitalistischen Staates zerschmettert werden sollte. Aber man lese nur die Reden Trotzkys und Lenins aus dem letzten Jahre, besonders des ersteren Aufruf an die Arbeiter zur Disziplin und Ordnung und des letzteren Rede „Ueber die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", um sich ein Bild davon zu machen, einen wie schweren Kampf es teils mit der politischen Unreife, teils mit dem sich revolutionär gebärenden Egoismus großer Massen — Erscheinungen, die nicht nur in Rußland anzutreffen sind — zu führen gilt, um die Ausartung des Rätesystems in eine durchaus unsozialistische, ja konterrevolutionäre Ausbeutungsform der Gesellschaft zu verhüten. Ja, diese Entartung müßte schließlich den Rätegedanken, weit entfernt, ihn als den Bahnbrecher einer neuen Zukunft wirken zu lassen, zum Wiedererwecker einer längst überlebten Vergangenheit machen, nämlich einer ständischen oder beruflichen Gliederung der Bevölkerung. In Wirklichkeit liegt aber die Bildung von Bürger-, Grundbesitzer- und Angestelltenräten überhaupt nicht in der Richtung der Arbeiterräte. Denn diese wollen ja nicht eine Organisation neben den städtischen und ländlichen Eigentumsinteressen sein, sondern eine gesellschaftliche Neubildung, die an deren Stelle tritt. Wir werden daher in einem folgenden Kapitel sehen, daß zu den Organisationsprinzipien des Rätesystems das Bekenntnis zum Sozialismus gehört, wodurch Bürgerräte überhaupt aus ihm ausgeschlossen sind und Bauernräte nur bezüglich der Kleinbauern und des ländlichen Proletariats in Betracht kommen. Wenn dar-

über hinaus sogenannte Bauernräte als Organisationen der nicht sozialistischen Bauernschaft gleichwohl eine Rolle spielen dürften, so nur in dem Sinne, daß sie eben, wie wir gleichfalls noch sehen werden, notwendig ganz aus dem Rätesystem herausfallen und gleichsam den zurzeit in unseren Ländern noch nicht sozialisierbaren Rest der Gesellschaft darstellen, mit dem ein Vertragen klüger ist als ein Schlagen. Was aber die Angestelltenräte betrifft, so ist dies vollends entweder eine bürgerliche oder eine syndikalistische Verkennung des ganzen Instituts der Arbeiterräte, die in geradezu kläglicher Weise sich durch den Namen dieser Kampforganisationen der Revolution hat irreführen lassen. Denn nicht als Arbeiter treten diese Räte zusammen, sondern als sozialistische Klassenkämpfer; bloß daß es die historische Bestimmung der Arbeiter ist, als solche auftreten zu müssen, sobald sie ihre Entwicklungsinteressen klar erkannt haben. Die Arbeiterräte müßten daher eher Sozialistenräte heißen, und dann wäre das beschämende „Problem" mit einem Schlage gelöst, welche Interessen eigentlich die Mandatare der Hofräte des Obersten Gerichtshofes, der Sektionschefs in den Ministerien, der Bankdirektoren 2c. als „Arbeiterräte" zu vertreten hätten*).

Es wirken bei solchen Entstellungen des Rätegedankens teils bewußt, teils instinktiv aus der Massenpsychologie entsprungen, Motive mit, die auch in der syndikalistischen Bewegung eine große Rolle gespielt haben und dort ebenfalls den Sozialismus in Gefahr gebracht haben, statt eine Form der Emanzipation von der bestehenden Gesellschaft zu sein, diese bloß ständisch umzugestalten. Hieher gehört insbesondere die scheinbar als direkte Konsequenz des Rätesystems auftretende Forderung, daß das Land durch die Bauern, die Fabriken durch die in ihnen beschäftigten Arbeiter übernommen werden sollen. Eine solche Forderung hat die gleiche Anschaulichkeit und Lebendigkeit für sich und die gleiche scheinbare Leichtigkeit ihrer Verwirklichung wie jene urwüchsige Selbstorganisation des Proletariats zur revolutionären Klasse durch die Sowjets, die im Grunde doch so wenig einen einheitlichen Charakter verbürgt, wenn nicht die Ideen des Sozialismus diesen herstellen. Aber das ist keineswegs die sozialistische Forderung der Vergesellschaftung des Grund und Bodens und der Produktionsmittel. Diese Art der Uebernahme des Bodens und der Fabriken wäre nicht Besitzergreifung durch die Gesellschaft, ja nicht einmal durch die Klasse des Proletariats, sondern durch einzelne Teile dieser Klasse, es wäre nicht Vergesellschaftung, sondern Verindividualisierung der Produktion und Zersetzung der Gesellschaft. Das Gesellschaftsideal des Sozialismus verwandelt sich auf diese Weise in eine anarcho-syndikalistische Gesellschaftsform, die an sich vielleicht einmal die Organisationsform einer späteren Zukunft sein wird können, aber jedenfalls keine sozialistisch-kommunistische ist und gewiß nicht diejenige, welche imstande ist, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ohne Minderung ihrer Produktionshöhe abzulösen*). Wenn aber gerade diese Bestrebungen sich jetzt so gern mit dem Aushängeschild des Kommunismus decken, so bekunden sie auch an diesem Punkte das eigentliche Programm der neuen kommunistischen Partei, nämlich eine beträchtliche Unklarheit über ihr eigenes Wesen und Wirken.

*) Noch drastischer tritt die gefährliche Ueberspannung eines Organisationsgedankens, der ein revolutionäres Kampfmittel allerersten Ranges ist, aber als Selbstzweck direkt kontrarevolutionär wirken kann, hervor an der Einrichtung der Soldatenräte. Auch sie wirken konservierend gegenüber dem Militarismus, den sie, wenn auch in einer reichlich demokratisierten Form, immerhin aber als besonderen Militärstand erhalten. Auch hier gilt dasselbe, was vorhin von dem Arbeiterstand gesagt wurde. Die proletarische Revolution will geradeso wie die Klassengliederung auch die militärische Standesabsonderung beseitigen. Den Arbeiter und den Soldaten als besondere Stände der Gesellschaft kennt der Sozialismus nicht. In der sozialistischen Gesellschaft ist jeder arbeitsfähige Mensch ein Arbeiter und jeder waffenfähige Mann, wenn nötig, ein Vaterlandsverteidiger. Besondere Arbeiterräte ebenso wie Soldatenräte erscheinen von diesem Standpunkt ebenso unnötig wie widersinnig. Auch ist es eine sonderbare Meinung, daß jeder Soldatenrat ein selbstverständliches Organ der Revolution sein müsse. Bei den Arbeitern hat diese Meinung noch eher etwas für sich; denn schließlich sind die Arbeiter die revolutionäre Klasse der Gesellschaft zufolge ihrer Klasseninteressen, zufolge ihrer Entwicklungsnotwendigkeiten. Aber die Soldaten bilden keineswegs schon als solche eine ähnliche einheitliche Interessengruppe, und ihr wirklich gemeinsames Interesse, die Auflehnung gegen den unmenschlichen Zwang des Militarismus und gegen den Blutbann des Krieges geht zwar ein großes Stück Weges mit dem des revolutionären Proletariats zusammen, bedeutet aber noch durchaus nicht ein Verständnis, geschweige denn eine Förderung seiner sozialistischen Ziele. Der Soldatenrat als Vertreter der Interessen der Soldaten innerhalb der Heeresorganisation, der ein Gegengewicht gegen die nötige straffe

Es sind aber nicht nur diese Abirrungen vom sozialistischen Prinzip, die den Rätegedanken reichlich unklar und widerspruchsvoll gemacht haben. Es kommt noch dazu, daß besonders die sogenannte kommunistische Propaganda die nur aus ganz eigenen historischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in Rußland hervorgegangenen Sowjets völlig kritiklos auf die ganz anders gearteten Zustände und Bedingungen der Arbeiterbewegung in Mitteleuropa aufpfropfen und die Erscheinungsformen der russischen Revolution als die der sozialen Revolution überhaupt ausgeben möchte. Hiebei passiert es dieser fast sklavischen Nachahmung einer fremden Bewegung überdies, daß sie fast nur die erste, freilich faszinierende Phase derselben im Blickfelde hat, was aber aus ihr selbst in Rußland geworden ist, entweder nicht kennt oder nicht berücksichtigt. Gerade darin aber hat sich ein bedeutungsschwerer Wandel vollzogen, aus dem nichts zu lernen nur hieße, geschichtlich notwendige Mängel der Bewegung überflüssig zu wiederholen.

Disziplin bedeutet, ohne die keine Truppe auskommen kann, indem er verhindert, daß der einzelne Mann ein wehrloses Opfer dieser Disziplin wird, ist ein Glied in der nationalen Wehrorganisation, das nicht mehr wird entbehrt werden können. Auch nach der weiteren Richtung, es unmöglich zu machen, daß jemals wieder die Soldaten gegen das Volk selbst verwendet werden könnten, wird der Soldatenrat seine gute Wirkung haben, obgleich dies bei einem System der Volksbewaffnung nicht mehr von derselben Wichtigkeit sein wird wie in der Zeit vor der Revolution und in der heutigen, noch mit der Gegenrevolution rechnenden Gegenwart. Aber über diese Grenzen hinaus bestehen für die Soldatenräte keine Aufgaben und Wirkungsgebiete, dies um so weniger, als sie noch viel mehr wie die Arbeiterräte bloße Uebergangsformen der revolutionären Neugestaltung der Gesellschaft sind, die auf ihre Selbstaufhebung hinzuarbeiten haben. So hat sich niemand von uns die Beseitigung des Militarismus vorgestellt, daß sie in einer wilden, ungeregelten Mitregierung soundso vieler Soldatenräte besteht, von denen nicht einmal immer gewiß ist, ob sie überhaupt von sozialistischem Geiste geleitet sind. Der Soldatenrat als solcher ist daher durchaus nichts Revolutionäres, so sehr er auch revoltiert. Revolutionär ist die Miliz, welche wirklich mit dem Militarismus aufräumt und die militärische Dienstleistung zu einer reinen gesellschaftlichen Pflicht neben anderen ebensolchen Pflichten macht, gegen deren Mißbrauch Volksregierung und Milizausschüsse sorgen werden, neben denen das besondere Organ eines Soldatenrates nicht mehr erforderlich ist. Revolutionär ist die Volksbewaffnung und nicht die Gardenbildung.

*) Vergleiche hiezu K. Kautsky: „Die Diktatur des Proletariats", Wien, Volksbuchhandlung 1918, Seite 53 ff.

6. Kapitel.

Der Wandel der Arbeiterräte.

Der Gedanke der Arbeiterräte, so jung er auch in der Revolution ist, hat doch bereits seine Geschichte. Denn in der stürmischen Bewegung der heutigen Zeit vollziehen sich Entwicklungen in den Anschauungen und Stellungnahmen der Massen, die sonst Jahre benötigt hätten, in wenigen Wochen. Politische und soziale Forderungen, aus der revolutionären Glut an einem Orte entsprungen, zünden wie Flugfeuer in einem ganz anders beschaffenen Milieu eine neue Flamme, die noch dasselbe Feuer zu sein scheint und doch schon etwas ganz anders geworden ist. So gilt dies besonders von dem flammenden Aufruf der russischen Revolution zur Rätediktatur des Proletariats. Von dem ursprünglich dabei leitenden Gedanken bis zur Räterepublik in Bayern und Ungarn ist eine große Umwandlung des Sinnes des Rätesystems vorgegangen, eine Umwandlung, deren innerer Konsequenz sich übrigens auch sogar die russische Sowjetrepublik nicht entziehen kann, wie Lenins letzte Rede von der Notwendigkeit der Annäherung an das Bürgertum beweist, unter welch letzterem wohl nur die werktätigen, aber nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Schichten desselben zu verstehen sind.

Wir müssen also, wenn wir den Begriff des Rätesystems nicht zu einem wundertätigen Fetisch machen wollen, zu dem er sehr vielen kritiklosen Anhängern der kommunistischen Propaganda geworden ist, davon ausgehen, daß erschon heute nicht mehr dasselbe bedeutet wie am Beginn der bolschewikischen Revolution in Rußland im Oktober 1917. Seine wesentliche Anziehungskraft aber auf die Arbeiter, allen seinen faszinierenden, die Hoffnung maßlos aufpeitschenden Reiz erhält er aus jenem unvergeßlichen Erlebnis der ruhmreichen russischen Proletariererhebung. Eine allmählich ganz anders und, wie wir sehen werden, viel widerspruchsvoller gewordene Sache verdeckt ihren um vieles nüchterneren und weniger hoffnungsvollen Inhalt den Arbeitern unter diesem glanzvollen, historisch gewordenen Namen der russischen Sowjets.

Seinem ursprünglichen Sinne nach bedeutete die Forderung: „Alle Macht den Arbeiter- und Bauernräten", die Herrschaft der manuellen Arbeit in Stadt und Land und schien sich daher mit dem zündenden Schlagwort von der Diktatur des Proletariats zu decken. Ja dieser Begriff gewann durch seine Einschränkung auf die manuelle Arbeit um so mehr seine lebendige Anschauung und ungeheure Popularität, als die zurückgebliebene soziale Entwicklung in Rußland ihn geradewegs zu bestätigen schien. Denn einerseits bildete die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, die landarmen Bauern und die Landarbeiter, geradezu die Hauptarmee des Sozialismus, mit dem sie durch die Forderung nach Aufteilung des Bodenbesitzes verbunden war. Hiedurch war zunächst der schon immer vorhandene, aber erst später in Erscheinung tretende Gegensatz zwischen Proletariat und Bauernschaft verdeckt. Anderseits fehlte ein stark entwickelter und bereits revolutionär gewordener Mittelstand völlig, während ferner die Intellektuellen und die geistigen Arbeiter zumeist zwar die Revolution gegen den Zarismus, nicht aber gegen die bürgerliche Demokratie, in der sie selbst eine Rolle zu spielen gedachten, mitmachen wollten. So kam es, daß sich fast automatisch die Fronten der sozialen Revolution schieden in eine rein manuell proletarische und Bauernfront auf der einen Seite und in eine Front der Ausbeuter, der kapitalistischen Bourgeoisie, auf der anderen Seite, der aber auch große Schichten der werktätigen Bevölkerung, vor allem der geistigen Arbeit, angehörten. Und nur der besondere Glücksfall, daß die Aufrichtung der politischen Herrschaft des Proletariats dank der anfänglichen Unterstützung des Bauernvolkes gegenüber der völligen Isolierung des Bürgertums in Rußland möglich war, begründete die beispielgebende Kraft des Sowjetgedankens. Daß diese politische Herrschaft übrigens noch durchaus nicht die ökonomische Beherrschung und sozialistische Nutzbarmachung der kapitalistischen Produktionsweise für das Proletariat sicherte, blieb zunächst den außenstehenden und von dem einzigartigen geschichtlichen Schauspiel hingerissenen Bewunderern verschlossen — und welcher revolutionäre Sozialdemokrat hätte nicht zu diesen Bewunderern eines Ereignisses gehört, das die stolzesten Hoffnungen des proletarischen Sozialismus mit einem Schlage zu verwirklichen schien! Erst als immer deutlicher sichtbar wurde, daß die russische Sowjetrepublik sowohl infolge der Abstoßung und darauffolgenden Sabotage der intellektuellen Berufe als auch infolge der wachsenden Feindschaft der Bauern, welche mit der Bodenaufteilung die Revolution für sich abgeschlossen hielten, immer mehr an Desorganisation der Produktion und an Hunger in den Städten zu leiden begann; als dazu die terroristischen Verfolgungen besonders der ersten Monate bekannt wurden, denen nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch die nichtbolschewikischen Arbeiterorganisationen ausgesetzt waren, wurde es immer offenbarer, daß auch die Diktatur nicht eine solche des Proletariats, sondern nur die einer bestimmten politischen und sozialen Richtung desselben sei, eben der Bolschewiki. Und daraus wuchs immer deutlicher die neue Erkenntnis heraus, daß der Begriff des Proletariats, wie sehr er ökonomisch nur auf den in der Produktion der Bedarfsgüter beschäftigten Arbeiter anwendbar sein mag, weil nur dieser Mehrwert erzeugt, doch darüber hinaus eine soziale Klasse bezeichnet, nämlich alle diejenigen, die nur durch Verdingung ihrer Arbeit ihr Leben erhalten können, sei es bloß in dem der Mehrwertverteilung. Ja, indem auch diese Begriffserweiterung noch die Ergänzung durch die Schichten der armen Bauern verlangte, entstand an Stelle des alten führenden Wortes des Proletariats das neue von der werktätigen Bevölkerung; und es ist interessant, zu sehen, wie in den späteren Reden von Lenin und Trotzky sich diese Bezeichnung fast überall an Stelle der früheren des Proletariats ganz ungezwungen einstellt.

Damit ist aber nun in dem Gedanken des Rätesystems eine folgenschwere Wandlung eingetreten, die ihre ganze Konsequenz erst in den kapitalistisch reiferen und sozial daher stärker differenzierten Entwicklungen von Deutschland und Deutschösterreich entfaltet. Deckt sich nämlich der Begriff des Proletariats erst mit dem der werktätigen Bevölkerung, dann ist die durch die Herrschaft der Arbeiterräte auszuübende Diktatur des Proletariats nun nicht mehr Vergewaltigung eines Teiles des arbeitenden Volkes durch einen anderen, sondern im Gegenteil die Selbstbestimmung der schaffenden Arbeit überhaupt. Das so häßliche und verderbliche Zusammenfallen von Diktatur und Terrorismus wird unmöglich und der Begriff der Diktatur des Proletariats wird wieder das, was er im kommunistischen Manifest ist, ein Begriff der Befreiung, nicht der Unterdrückung.

Aber freilich hängt diese ganze bedeutungsvolle Wandlung der Form und des Inhalts der proletarischen Diktatur damit zusammen — und hier eröffnet sich erst die ganze Schwierigkeit des Problems besonders für unsere Verhältnisse — daß die ganze werktätige Bevölkerung oder wenigstens ihre überwiegende Majorität einig auf dem Boden des Sozialismus steht. Denn sonst könnte gerade der Sieg des Rätesystems in seiner Ausweitung auf die gesamte werktätige Bevölkerung zu Ergebnissen führen, die vielen fanatischen, aber kritiklosen Anhängern desselben schwere Enttäuschungen bereiten, ja eine Kompromittierung der ganzen Institution bedeuten würden, worauf wir im vorausgehenden Kapitel bereits aufmerksam machten. Denn sobald sich der Sinn des Rätesystems dahin durchgesetzt hat — und dies ist bereits bei uns und in Deutschland der Fall — daß alle Berufskreise Arbeiterräte zu entsenden haben, die Bauarbeiter so gut wie die Baumeister, die Theaterarbeiter so gut wie die Schauspieler, die Banknotendrucker so gut wie die Bankbeamten, die Lehrlinge so gut wie die Studenten, die Uniformschneider so gut wie die Uniformträger, die Beamten, die Bauern, die Besteller des materiellen Bodens so gut wie die Lehrer und Professoren, die Sämänner des Geistes — dann besteht die Gefahr, daß sich das System der Arbeiterräte aus einem Instrument zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaft in ein Institut der Interessenvertretung in dieser Gesellschaft verwandelt. Ja, es ist sogar zu befürchten, daß, wenn städtische und Bauerninteressen, wie notwendig, auseinandertreten, zu dem Gesichtspunkt der Interessenvertretung jener der Ständevertretung kommt und so schließlich ein konterrevolutionärer Geist den alten proletarischen Revolutionsgedanken völlig überwuchert.

Man glaube ja nicht, daß diese Gefahr dadurch ausreichend vermieden sei, daß nach dem Statut der Arbeiterräte passiv wählbar nur der ist, der auf dem Boden des Klassenkampfes ist, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Denn schließlich ist die bloße Vertretung von Arbeiter- und Angestellteninteressen gegen das Unternehmertum auch eine Art des Klassenkampfes. Und niemand kann bestreiten, daß die englischen Trades Unions, die so lange den revolutionären Geist der englischen Arbeiterschaft gebremst haben, nicht Verfechter des Klassenkampfgedankens gewesen sind. Nur dies gibt eine Gewähr dafür, daß die Stellung auf dem Boden des Klassenkampfes eine revolutionäre ist: *sie muß ein Bekenntnis zum Sozialismus sein*, und zwar in dem Sinne einer radikalen Ueberwindung der Klassenspaltung überhaupt und nicht in dem einer reformistischen Umgestaltung und Ausgleichung derselben. Daraus ergibt sich aber, daß die eigentliche Bedeutung und Wirkung der Arbeiterräte ganz und gar abhängt von dem Grade der revolutionär-sozialistischen Aufklärungsarbeit unter den verschiedenen Schichten des werktätigen Volkes. Erst muß gründliche Propaganda und Bildungsarbeit die Massen überall erfaßt und geschult haben, erst muß die Leidenschaft sozialer Empörung, vereint mit klarer Erkenntnis von der Notwendigkeit der Ueberwindung der Klassengesellschaft die weitesten Kreise durchdrungen haben — sonst bleibt die noch so überzeugte Anrufung der Arbeiterräte als einzigen Mittels des sofortigen Sieges der sozialen Revolution ein gedankenloser Wunderglaube, der um nichts besser, aber ebenso schädlich ist wie jeder Köhlerglaube überhaupt.

Diese Erweiterung des anfänglich bloß das manuelle Proletariat umfassenden Begriffs der Diktatur auf die ganze werktätige Bevölkerung bewirkt nun auch eine tiefgehende Wandlung im Sinne der *Räterepublik*. Auch dieser Begriff ist in der radikalen Massenpropaganda nur allzusehr zu einem bloßen Schlagwort geworden, mit dem sehr viele, die sich an seinem Klange berauschen, gar keine deutlichen Vorstellungen verbinden. Aber wenn mit dem Prinzip der Räterepublik Ernst gemacht werden soll, das da lautet: „Alle Macht den Arbeiter- und Bauernräten", so ergibt sich für unsere Verhältnisse

das Folgende. *An unserer Bauernschaft scheitert der ganze Begriff der Räterepublik*. Denn es ist ganz unmöglich, das Erfordernis, daß alle in die Räte dieser Republik Gewählten auf dem Boden des Klassenkampfes stehen müssen, auch für die Bauernräte durchzusetzen. Selbst wenn man die übrigens zahlenmäßig gar nicht so sehr in Betracht kommenden Großbauern vom Wahlrecht ausschließen würde und selbst wenn es gelänge, die Landarbeiter und Kleinhäusler in sozialistischen Organisationen zu vereinigen, so bliebe die Masse der Bauern wohl bei ihrem „antikollektivistischen Bauernschädel", wenigstens noch für geraume Zeit, da allerdings auch hier Propaganda und Aufklärung Wandel schaffen könnten. Wenn man also selbst ganz davon absieht, daß auch unter den Schichten der übrigen werktätigen Bevölkerung vorläufig noch durchaus kein einheitlicher Wille für die Ausübung einer Diktatur vorhanden ist, so genügt die Tatsache des abseits vom Sozialismus stehenden Bauernstandes, ohne den doch keine Staatsregierung möglich ist, um zu sagen: entweder verdeckt das Wort von der Räterepublik die *Forderung der nackten Gewalt* gegen die Bauern oder es bedeutet — *die Koalition mit den Bauern*, also gerade das, was dem heutigen Regime so beharrlich als Todsünde angekreidet wird und wovon uns angeblich die Räterepublik mit einem Schlage befreien soll. Auch die Räterepublik kann keine Wunder wirken — sie kann sich nicht über die nun einmal vorhandenen Umstände hinwegsetzen. Der Sozialismus, die kommunistische Gesellschaft verwirklicht sich nicht durch Zauberworte, wie dies oft die Zuhörer kommunistischer Agitatoren glauben müssen, sondern sie kann nur aus den bestehenden Verhältnissen heraus entwickelt werden. Alle Macht den Arbeiter- und Bauernräten ist ein schöner und erhebender Gedanke, aber daß daraus der Sozialismus werde, dazu müßten Arbeiter und Bauern erst ein einig Volk von Klassenbrüdern sein. Wer sich gern täuschen will, mag dies besonders nach den Ergebnissen des Krieges glauben.

Die Räterepublik bei uns wäre also jedenfalls nicht das, was sie in Rußland war; und sie als den einzigen Weg zum Sozialismus zu bezeichnen, ist eine kritiklose Uebereilung. Es stünde schlecht um die Arbeiterräte, wenn sie nur als Glieder für den Aufbau einer solchen Republik in Betracht kämen. Zum Glück kommt diesen neuartigen Bildungen des Klassenkampfes eine Eigenbedeutung zu, die ganz unabhängig ist von dieser Illusion der Räterepublik.

7. Kapitel.

Das Rätesystem.

Die Arbeiterräte gewinnen ihre geradezu faszinierende Anziehungskraft, mit der sie alle Schichten der werktätigen Bevölkerung erfassen, aus der Hoffnung, die sie erwecken, daß sie ein wirkliches Mittel der Volksvertretung sein könnten und so an die Stelle des bereits ganz überlebt und aussichtslos gewordenen Parlamentarismus treten würden. Wir haben im ersten Kapitel gesehen, worin dieses Versagen des Parlamentarismus und der nur auf ihm begründeten Demokratie notwendig liegen mußte: daß es der Klassengegensatz war, der in den Grundfragen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung jede einheitliche Willensbildung unmöglich machen und jeden derartigen Majoritätsbeschluß zu einem Akt der Unterdrückung stempeln mußte. Bei einem gewissen Grad der Entwicklung dieses Klassengegensatzes, bei einer gewissen Höhe der Bildung, der politischen Reife und ökonomischen Stärke der unterdrückten Klasse wird es unmöglich, die Befriedigung ihrer Lebens- und Entwicklungsinteressen noch weiterhin nach dem parlamentarischen Majoritätsprinzip als ein bloßes Zahlenproblem zu behandeln. Dies kam selbst dem auf dem allgemeinen Wahlrecht aufgebauten Parlamentarismus gegenüber immer deutlicher in einer Erscheinung zum Ausdruck, gegen die alle feierlichen Proteste in den Parlamenten nichts gefruchtet haben: in dem Lebendigwerden der Straße. Die „Argumente der Straße" waren eben nichts anderes als die laut und sichtbar gewordenen Volksschichten selbst, die dadurch, daß ein Majoritätsbeschluß sie rechtlich beseitigte, doch gesellschaftlich nach wie vor da waren und nach Befriedigung ihrer Bedürfnisse nur um so stürmischer verlangten. Sobald einmal die Aufgaben der gesellschaftlichen Ordnung nicht mehr auf einer unbestrittenen und unbestreitbaren Grundlage zu lösen waren wie am Beginn der bürgerlichen Epoche, in welcher die Festigung und Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise und der bürgerlichen Demokratie zugleich auch Entwicklungsbedingung des Proletariats war, mußten sie aus Fragen einer parlamentarischen Abstimmung zu Machtfragen zwischen den Klassen werden, deren Beantwortung immer mehr außerhalb des Parlaments versucht und auch vollzogen wurde.

Indem nun die Arbeiterräte nur von den arbeitenden Schichten der Bevölkerung gewählt werden können und alle bloßen Nutznießer fremder Arbeit absolut vom Wahlrecht ausschließen, stellen sie jene widerspruchslose ökonomische Grundeinheit her, auf der sich ein wirklich einheitlicher Wille aufbauen läßt und womit der tote Punkt des parlamentarischen Systems überwunden wird. Die großen Vorzüge der Arbeiterräte gegenüber der parlamentarischen Vertretung sind offenbar: daß eine viel engere Beziehung zwischen den Wählern und den Gewählten besteht (auch wenn das Mitglied des Zentralrates erst durch mehrfache indirekte Wahl in Bezirks-, Orts- und Landesratswahlen an seine Stelle gelangt, weil es doch zuerst aus dem engsten Kreise seines Betriebes oder seiner Arbeitsgruppe gewählt werden mußte, der es jederzeit abberufen kann); daß sich daraus ein viel größeres Interesse der Wähler an den Aufgaben der Vertretungskörper und ein viel stärkeres Verantwortungsgefühl der Gewählten entwickelt; daß durch die Vereinigung der Gesetzgebung und Verwaltung in allen Stufen des Rätesystems auch die Wählermassen selbst einen unmittelbaren Einfluß nicht nur auf die rechtliche Gestaltung, sondern auf die tatsächliche gesellschaftlich sie unmittelbar berührende Wirklichkeit des Lebens gewinnen und daß dadurch die schädliche Einmischung einer sich zwischen den Gesellschaftsgenossen und den Gesellschaftsgenuß einschiebenden Bürokratie beseitigt oder doch bedeutend vermindert werden kann. Dies alles wäre nur die mehr oder minder direkte Folge der neugewonnenen einheitlichen Interessengrundlage für den Neuaufbau der Gesellschaft.

Um jedoch dies Ziel wirklich zu erreichen, dazu genügt es nicht, daß die Arbeiterräte bloß aus der werktätigen Bevölkerung wählbar seien; damit wäre die Einheitlichkeit ihres Wirkens noch lange nicht gewährleistet, die sich erst aus einer gemeinsamen sozialen Grundanschauung über das Wesen der Gesellschaft und die Art ihrer richtigen Organisation ergibt. Darum bestimmt bereits unser provisorisches Statut über die Arbeiterratswahlen, daß wählbar nur derjenige ist, der auf dem Boden des Klassenkampfes und der Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische steht. Wird diese Bestimmung konsequent durchgeführt, dann muß ein Mandat, das ihr widerspricht, von der Mandatprüfungskommission annulliert werden, das heißt aber, daß die Wähler in diesem Falle praktisch ihr Wahlrecht verlieren. Man könnte also daran denken, dieses Verhältnis lieber gleich deutlicher auszusprechen und schon das aktive Wahlrecht von einem Bekenntnis zum Sozialismus abhängig zu machen. Dies erschiene nicht nur konsequenter, sondern auch dem eigentlichen Sinne der Rätekonferenz allein entsprechend. Wähler könnte also nur der sein, der einer sozialdemokratischen, kommunistischen oder sonst gleicherweise auf dem Boden des sozialistischen Klassenkampfes stehenden Organisation im Zeitpunkt der Ausschreibung der Wahlen bereits seit einer gewissen, nicht allzulang bemessenen Zeit angehört. Mit dieser Regelung des Wahlrechtes ist die Hauptsache gesichert, auf die es bei der Schaffung des Rätesystems ankommt, soll es nicht in eine ganz überflüssige, ja schädliche Arbeiterkammer ausarten: daß die sozialistisch-revolutionäre Propaganda in den Vordergrund rückt, daß die Räte zu Schulen des sozialistischen Denkens und Fühlens werden, zu den Sammelkadern, in denen die Arbeitssoldaten der neuen Gesellschaft politisch und sozial ausgebildet werden und jeder bloß berufliche und gegenwartsinteressierte Standpunkt energisch an zweite Stelle verwiesen wird. Und darin liegt dann die Diktatur des sozialistischen werktätigen Volkes, daß von seinen Beschlüssen alle die ausgeschlossen sind, die nicht auf diesem Boden eines gemeinschaftlichen Grundinteresses und Zieles stehen. Aber dies ist keine Vergewaltigung der übrigen Bevölkerung, die sich noch nicht zum Sozialismus bekannt hat; denn dazu — und das scheint uns eine mögliche Lösung für die Uebergangszeit zu sein — soll die Nationalversammlung bestehen bleiben, um nach ihrem ganz anderen Wahlprinzip auch dem nichtsozialistischen Teil der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, seine Interessen zu vertreten.

Bei dieser Nebenordnung der beiden Vertretungskörper ist es aber erforderlich, das Schwergewicht in den Zentralrat der Arbeiterräte zu verlegen, weil dieser als die Vertretung der klasseneinigen werktätigen Bevölkerung den eigentlichen einheitlichen Umwandlungswillen der Gesellschaft gegenüber der zu einem solchen nicht fähigen klassengespaltenen Nationalversammlung darstellt. Es müssen daher in seine Kompetenz alle Angelegenheiten der Wirtschaft, des Verkehrs und der Finanzen fallen, es muß ihm

ferner das Recht der Initiative bei der Nationalversammlung und endlich ein Vetorecht gegen die Beschlüsse derselben zustehen. Auch die Wahl der Regierung steht ihm nach einem zu vereinbarenden Schlüssel gemeinsam mit der Nationalversammlung zu. Auf diese Weise wird das System der Arbeiterräte, da diese Verteilung der Kompetenzen natürlich alle seine Grade bis zum Bezirksrat herunter durchdringt, zum eigentlichen Organ der Sozialisierung. Die Nationalversammlung aber bedeutet dann als das entscheidende Organ in allen über den wirtschaftlichen Neuaufbau hinausreichenden politischen und Kulturfragen das unentbehrliche Mittel der Uebergangszeit, welches die Diktatur des Proletariats vor dem Terrorismus bewahrt und eine ruhige, die Stürme des Bürgerkrieges vermeidende Fortentwicklung sichert. Und dieses Fortbestehen der Nationalversammlung neben dem Arbeiterzentralrat ist für die soziale Revolution um so ungefährlicher, als ihre Bedeutung mehr und mehr zusammenschrumpfen muß, je mehr die Propaganda des Sozialismus wächst, die aber eine viel mächtigere ist mit Rede und Schrift als mit Maschinengewehr und Revolutionsgericht. Ueberall steht die sozialistische Majorität in der Nationalversammlung bereits vor der Tür, und damit wird diese selbst ihre noch verbliebene Gewalt auf die Arbeiterräte übertragen.

Der einzige Punkt, der bei dieser Durchführung des Rätesystems noch zu besprechen bleibt, ist die Stellung der Bauern. Es ist nicht anzunehmen, daß diese, selbst wenn man bei den Bauernräten die Großbauern und größeren Mittelbauern vom Wahlrecht ausschlösse, sich auf den Boden des sozialistischen Klassenkampfes stellen würden. Auch würden sie sich gewiß nicht einer proletarischen Regierung fügen. Hier hilft nichts anderes, als wieder einmal nach Lassalles Gebot auszusprechen, was ist: der wirtschaftliche Neuaufbau kann nur im Einvernehmen mit der Bauernklasse durchgeführt werden. Solange diese für den Sozialismus nicht reif ist — was aber nicht bedeutet, daß sie nicht viele Forderungen, wie die nach der Beseitigung des Großgrundbesitzes, Vergenossenschaftung des Betriebes und des Marktes, Hebung der Kultur auf dem Lande u. s. w., von den Sozialisten übernehmen würde, respektive für dieselben zu gewinnen wäre — muß unsere Aufgabe sein, die Bauern zu überzeugen, daß keines ihrer Lebensinteressen durch die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft in den Städten bedroht werde und daß sie daher gar keinen Anlaß hätten, der städtischen Bevölkerung Schwierigkeiten zu machen, ja daß sie im Gegenteil gerade mit einer den Bedarf regelnden sozialistischen Gesellschaft ohne Zwischenhandel vorteilhafte Geschäfte machen könnten. Die Arbeiterräte müßten also mit den Bauernräten in eine Art Vertragsverhältnis zu gelangen suchen. Eine neue Form des wirtschaftlichen Ausgleichs, wie er uns aus dem seligen oder vielmehr unseligen Dualismus zwischen Oesterreich und Ungarn vertraut ist, nur viel natürlicher und aussichtsreicher, müßte zwischen Bauern und Arbeitern abgeschlossen werden. An Stelle des mehr oder minder offenen Krieges von Stadt und Land träte der periodisch zu erneuernde Landfriede zwischen Bauern- und Werkvolk, der durch die Entwicklung der Bauernräte, die heute noch sehr wenig sozialistischen Geist enthalten, aber immer mehr von demselben ergriffen werden müssen, auch immer weiter sich einer allgemeinen Sozialisierung der Gesellschaft nähern wird.

Dies scheint mir ein Weg zur Diktatur des Proletariats ohne Terrorismus und gleichwohl ohne Preisgebung unserer grundlegenden Erkenntnis, daß der Uebergang zur sozialistischen Gesellschaft nur durch die Herrschaft der Arbeiterklasse möglich ist. Diese Anschauung verzichtet auf die Wahnvorstellung, mit der freilich populärer Massenbeifall zu erringen ist, daß alle Macht sofort und ausschließlich nur den Arbeiterräten einzuräumen wäre, sie hütet sich, das tönende Schlagwort von der Räterepublik den

Massen als ein unfehlbares Heilmittel für alle ihre Nöte fortwährend papageienhaft in die Ohren zu schreien. Wir sehen eben in der viel mißverstandenen Verwirklichung des Sozialismus durch die proletarische Diktatur nicht einen Vorgang von heute auf morgen, sondern einen Entwicklungsprozeß unter der Führung des Proletariats, der zwar sofort beginnen muß, trotzdem aber Jahre dauern wird.

Nun wird eine Reihe von Einwänden rege geworden sein, die zu mancherlei Mißverständnissen Anlaß geben können. Man wird vielleicht sagen, die Bindung des Wahlrechtes für den Arbeiterrat an ein Bekenntnis zum Sozialismus sei eine unerhörte Sache, sie setze an die Stelle einer Klassenherrschaft, die schon undemokratisch genug sei, die Gesinnungsherrschaft, was geradezu an die traurigste Geistesbeherrschung erinnere, an die der katholischen Kirche. Auch sei der Zentralrat der Arbeiterräte nichts anderes als ein neues Oberhaus, also etwas durchaus Undemokratisches. Haben wir deshalb immer gegen ein Herrenhaus gekämpft, um jetzt selbst eines zu machen? Und endlich seien die Arbeiterräte Gesetzgebung und Exekutive in einem, also verstießen sie gegen ein Grundprinzip der Demokratie, die Gewaltentrennung. Alle diese Einwände zeigen eine verderbliche Herrschaft des bloßen Wortes über den neuen Begriff. Sie wollen uns mit Gespenstern einer alten, überwundenen Zeit schrecken.

8. Kapitel

Die Eigenart des Rätesystems.

Der entscheidende Vorzug des Rätesystems vor dem parlamentarischen System, ja geradezu das, was seinen eigentümlichen politischen Sinn und seine entwicklungsfördernde geschichtliche Bedeutung ausmacht, liegt, wie wir sahen, darin, daß es die Bildung eines einheitlichen, nicht mehr von Klassengegensätzen gespaltenen Vertretungskörpers ermöglicht. Auf diese Weise kommt eine die verschiedensten Schichten der werktätigen Bevölkerung umfassende Volksvertretung zustande, die erst einen wirklichen Gemeinwillen darstellen wird. Aber freilich ist dafür Voraussetzung, daß alle die wirtschaftlichen Gegenwartsinteressen, deren Wahrung sonst das Um und Auf der parlamentarischen Parteikämpfe ist, wobei es sich also nur darum handelt, wer besserer Nutznießer des bürgerlichen Staates sein soll, entschieden zurücktreten hinter dem gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Umwandlungsinteresse, das über den heutigen Zustand von Staat und Gesellschaft, das heißt über die Klassenspaltung, hinausführen kann. Und dies macht wieder nötig, daß die Gewählten in diesem Vertretungskörper auch alle dieselbe prinzipielle ablehnende Stellung zum Staate und zur Gesellschaft des Kapitalismus haben, daß sie also Vertreter der sozialistischen Idee sind. Daraus ergab sich auch die Konsequenz, das Wahlrecht zu den Arbeiterräten auf die Zugehörigkeit zu einer sozialistischen Organisation aufzubauen.

Da tritt uns aber der Einwand entgegen, daß wir damit den ungeheuerlichen Vorschlag machen, die Herrschaft einer Partei gesetzlich zu begründen, und damit ein neues Vorrecht schaffen. Eine solche Ansicht stützt sich bloß darauf, daß sie die Stellungnahme für den Sozialismus ohneweiters mit der einer politischen Partei im herkömmlichen Sinne des Wortes gleichsetzt, was aber dem revolutionären Wesen des Sozialismus und seiner geschichtlichen sowie kulturellen Bedeutung durchaus nicht entspricht. Zunächst wäre zu sagen, daß, selbst wenn der Sozialismus seiner ganzen Beschaffenheit nach wirklich nichts anderes wäre als eine politische Partei, die Festlegung seiner Vorherrschaft im Staate durch Gesetze gar nichts dem Wesen einer politischen Partei Fremdes wäre. Höchstens würde dann nur offen und ehrlich ausgesprochen sein, was jede Partei, die zur Macht gelangt, wirklich tut und soweit sie kann, auch durch Gesetze zu befestigen versucht. Es ist ja das Ziel der sozialistischen Politik, die Herrschaft des Proletariats, natürlich des sozialistischen Proletariats, aufzurichten, und die Herrschaft ist nun einmal nicht anders möglich, als daß der Herrschende für sich das Vorrecht der Macht und der höchsten Gewalt im Staate in Anspruch nimmt. Das Entscheidende ist aber, daß dieses Verhältnis der Herrschaft und der Machtergreifung beim Sozialismus nun einen ganz anderen Charakter erhält wie bei jeder anderen politischen Partei, weil der Sozialismus eben nicht bloß politische Partei, sondern darüber hinaus Vertretung des Ganzen der Gesellschaft ist, freilich einer Gesellschaft, die erst

im Werden ist. Das eigentümliche Wesen jeder bloßen politischen Partei liegt darin, daß sie lediglich einseitige Interessenvertretung in Staate und in der Gesellschaft ist: sie vertritt die Interessen der großen oder der kleinen Grundbesitzer, des Kapitals oder der Kleinbesitzer, der Industrie oder der Handwerker, des Adels, des Bürgertums oder des Bauernstandes. Alle diese Interessenvertretung sucht nur die Macht im Staate für sich zu gewinnen, nicht um diesen Staat zu überwinden, sondern um in ihm zu herrschen, um ihn für ihre Zwecke besser auszunützen. Diese Parteien lassen den sozialen Aufbau von Staat und Gesellschaft völlig unangetastet und sind insofern alle, so stürmisch und aufbegehrend sie sich auch zuweilen gehaben, durchaus konservativ, ja antirevolutionär. Sie wollen die Gesellschaft gar nicht anders haben, als sie heute ist, sie wollen sie nur für sich haben. Ist hierin also das eigentliche Wesen einer politischen Partei erkannt, dann ist sofort klar, daß der Sozialismus überhaupt keine politische Partei in diesem Sinne ist. Gewiß vertritt auch er besondere Interessen, die Interessen der Arbeiterklasse, des Proletariats, aber — und das macht das Revolutionäre im Sozialismus aus — nicht als Arbeiterinteressen, sondern als revolutionäre Gemeinschaftsinteressen. Solange man den Sozialismus nur so versteht, als ob er die Interessen des Arbeiterstandes zu vertreten hätte, also nur den Kampf bedeuten würde für die Verbesserung des Loses der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft, hat man sein eigentliches Wesen verkannt. Das wäre bloße Gewerkschaftsbewegung, die an sich noch lange nicht Sozialismus und gesellschaftliche Revolution bedeutet. Revolutionär, das heißt geschichtlich fortentwickelnd, wird der Sozialismus erst, wenn der Gedanke des Kommunistischen Manifestes sein Lebens- und Bewegungsprinzip geworden ist, daß sich das Proletariat als die unterste Schicht der Gesellschaft nicht erheben kann, ohne den ganzen auf ihm lastenden Gesellschaftsbau der kapitalistischen Ordnung umzustürzen, daß es nicht frei werden kann, ohne sich vom Klassenstaat zu befreien. Sobald aber dies der Sinn des politischen Machtstrebens des Sozialismus wird, dann verwandelt sich, wie dies bereits Lassalle in unvergänglich schönen Worten dargelegt hat, die Vertretung der Sonderinteressen des Proletariats in die Vertretung der Interessen eines neuen Gemeinschaftsinteresses. Und was bloß als politische Partei erscheint, weil es sich im Kampf um die Macht auf denselben Boden mit den anderen Parteien stellen muß, das ist in Wirklichkeit die Organisation aller gesellschaftserneuernden Kräfte gegenüber dem gesellschaftlichen Stillstand, ja Rückschritt.

Unter dem gleichen Namensklang der Partei verbergen sich also zwei grundverschiedene Wesenheiten. Und die Forderung, einen rein sozialistischen Vertretungskörper in der Verfassung des Staates zu verankern, bedeutet nicht die Stabilisierung einer Parteiherrschaft, sondern den ersten Schritt zur Beseitigung bloßer Parteiherrschaft, zur Ueberwindung des Klassencharakters der Gesellschaft, zum Aufbau einer solidarischen Gemeinschaft menschlicher Arbeit.

Und dieses revolutionäre Ziel kann das Rätesystem nur erreichen, wenn es ganz und konsequent sozialistisch aufgebaut ist. Denn sonst würde es binnen kurzem zu einem Instrument kleinlicher und lächerlichster Betriebs-, Werkstätten- und Bürointeressenvertretung entarten. Schon treibt der ebenso schnell populär wie mißverständlich gewordene Gedanke des Arbeiterrates die seltsamsten Blüten, wenn ganz reaktionäre oder durchaus noch vom ständischen Geiste erfüllte Körperschaften sich beeilen, ihre „Arbeiterräte" zu entsenden, Körperschaften, die sonst die Berührung mit den Arbeitern als eine soziale Degradierung vermieden. Man mag über die Notwendigkeit des Rätesystems Zweifel hegen, man mag der Anschauung sein, daß die Entwicklung des Kräfteverhältnisses der Parteien in den Nationalversammlungen uns überall binnen

kurzem bereits die sozialistische Majorität bringen wird und damit vielleicht einen weniger komplizierten und sicheren Weg zur Diktatur des Proletariats eröffnet. Da nun aber einmal die Bewegung für das Rätesystem die Proletariermassen ergriffen hat, so steht nun einfach das Problem so: Entweder entartet das Rätesystem zu einem Organismus bloßer ständischer und beruflicher Interessen ohne prinzipielle Beziehung zum Sozialismus und damit zu einer bloß unendlich verschlechterten Wiederholung der Nationalversammlung, oder es wird zum einheitlichen Organ des gesellschaftlichen Umbildungswillens. Das letztere ist aber nur möglich, wenn es sich auf der Zugehörigkeit zum Sozialismus aufbaut. Und in dieser Hinsicht ist dann dieses Vertretungssystem der werktätigen Bevölkerung so wenig eine Parteiherrschaft, daß gerade in ihm die Parteizerklüftung des heutigen Sozialismus überwunden werden kann. Denn es ruft nicht etwa bloß die Sozialdemokratie in die Arbeiterräte, sondern ebenso die sogenannten Kommunisten, die Sozialrevolutionäre und überhaupt alle Richtungen des klassenkämpferischen Sozialismus: kurz, es macht nicht eine Partei, sondern eine Idee zum Organisationsprinzip dieser Vertretung. Da tritt uns ein neues Schlagwort entgegen. Ihr wollt also, ruft man entrüstet aus, daß eine reine Gesinnungsherrschaft gegründet, also eine neue Kirche aufgerichtet werden soll? Eine solche Meinung wäre entweder eine arge Verkennung oder eine demagogische Entstellung der ganzen Arbeiterratsbewegung. Denn die sozialistische Idee als Organisationsprinzip der Arbeiterräte heißt nur, daß der Neuaufbau der Gesellschaft ohne einen alle Mitarbeiter an diesem Werke durchdringenden einheitlichen Geist nicht möglich ist. Und will man durchaus mit Worten spielen, will man durchaus eine Kampfgemeinschaft um dieser notwendigen Einheit ihrer revolutionären Gesinnung willen eine Kirche nennen, dann ist es eben die Kirche der Zukunft, die Lassalle gemeint hat und deren Fels nur das sozialistische Proletariat sein kann.

Nichts anderes als ein Spiel mit Worten ist es, wenn man die Beiordnung des Rätesystems neben die Nationalversammlung für die Zeit des Ueberganges, in der wir uns jetzt befinden, als die Schaffung eines Oberhauses, als die Wiederbelebung der verrufenen Institution des Zweikammersystems schlecht zu machen sucht. Auch hier wird ein altes Wort, das einen ganz anderen Inhalt bezeichnet, auf eine neue Sache angewendet. Das Zweikammersystem hat seine undemokratische und reaktionäre Bedeutung daher, daß es in dem Herrenhaus, in der Adelskammer eine auf den Privilegien der Geburt, des Standes und Besitzes gegründete Einrichtung enthielt, die zu dem ausgesprochenen Zwecke da war, den Volkswillen, soweit er überhaupt in dem Abgeordnetenhause zum Ausdruck kam, zu kontrollieren und einzuschränken. Das Oberhaus war ein Ueberbleibsel der alten ständischen Verfassung, der letzte Rest der ursprünglich in der Feudalmonarchie herrschenden Stände des Adels und der Kirche, denen sich zuletzt die Vertreter der Plutokratie zugesellten. Der Zentralrat der Arbeiterräte, der neben die Nationalversammlung als zweite Kammer treten würde, wäre kein Ueberbleibsel einer Ständevertretung, sondern der Anfang einer Gesellschaftsvertretung, er wäre kein Hemmschuh der Demokratie, sondern im Gegenteil ihr wuchtiger Mauerbrecher. Das „Oberhaus" der sozialistischen werktätigen Bevölkerung wäre auch kein Haus des Privilegs, des sozialen Vorrechtes, sondern umgekehrt der sozialen Ausgleichung und der Forderung einer gesellschaftlichen Solidarität. Kurz, während ein wirkliches Oberhaus immer ein Herreninteresse vertritt, ein Interesse der Klassenspaltung und einer ihr entsprechenden autoritären Staatsgewalt, vertritt die Kammer der Arbeiterräte Gemeininteressen, das Interesse der Solidarisierung der Gesellschaft und der Zerstörung des Klassenstaates. Das heißt aber: dieses sogenannte Oberhaus ist gar keine Kammer mehr im Sinne des Zweikammer-

systems, es sprengt die prinzipielle Grundlage des Zweikammersystems überhaupt, welche ja trotz noch so demokratischer Beschaffenheit des Unterhauses die Aufrechterhaltung der Klassengesellschaft und des Gewaltstaates als notwendigen Ausdruck derselben in sich schließt. Es bedeutet vielmehr ein neues Prinzip staatlicher Organisation, welches an die Stelle der Beherrschung von Menschen, die jeder bisherigen Staatsform charakteristisch ist, die Verwaltung der ihnen gemeinsam gewordenen Lebens- und Entwicklungsinteressen setzt. Ist das noch ein Oberhaus, so nur in dem Sinne, wie der Sozialismus eben die Sphäre des gesellschaftlichen Lebens zu der allen Sonderinteressen übergeordneten Sphäre machen will; und ist das noch ein Herrenhaus, so nur in dem Sinne, in welchem der Sozialismus aus einem Volke von Beherrschten und Unterdrückten eine Gemeinschaft von Freien hervorgehen lassen will, die endlich alle Herren ihrer Geschicke sein werden.

Gewiß, die Nebenordnung zweier prinzipiell so verschieden gearteter Vertretungskörper birgt die Gefahr ihres ständigen Konflikts in sich, der schließlich nicht anders als durch eine revolutionäre Entscheidung geschlichtet werden kann. Aber die ganze Institution der Arbeiterräte ist ja nur eine Kampfform der Revolution und nicht als eine dauernde Verfassungsform gedacht. Der Ausweg der Nebenordnung der Arbeiterräte neben die Nationalversammlung hätte aber den Vorzug, in der jetzigen kritischen Zeit, da die Ungeduld sowie die Undisziplinziertheit und zum großen Teil auch die nicht rasch genug aufzuklärende politische Unreife der Massen den langsameren, aber sicheren Prozeß der Majoritätsbildung in den Nationalversammlungen nicht abwarten will, die Revolution in geordnetere, weniger selbstzerstörende Bahnen zu lenken und die Kraft des Proletariats in eine einheitliche Kampforganisation zu sammeln. Gerade weil die Errichtung einer Räterepublik heute nur ein verderbliches Schlagwort ist, der Rätegedanke aber so stark in die Proletarierkreise sich eingesenkt hat, daß mit ihm gerechnet werden muß, wird es nötig, dem Rätesystem eine solche Ausbildung zu geben, durch welche es zu einem kraftvollen Mittel der Entwicklung und Förderung des Sozialismus werden kann. Dann wird es zwar nicht die sofortige Diktatur des Proletariats verwirklichen, was ohnedies nur eine unklare Vorstellung von seinem Wesen und von den Möglichkeiten seines Wirkens glauben kann, wohl aber das beschleunigen, was allein erst die Diktatur des Proletariats möglich macht: die in immer weitere Kreise der werktätigen Bevölkerung getragene Aufklärung des Sozialismus, den revolutionären und reifen Willen zur Diktatur.

9. Kapitel.

Die nächsten Aufgaben der Arbeiterräte.

Hat die Besprechung der bisherigen Einwände gegen die verfassungsmäßige Ausgestaltung des Rätesystems mehr die Zukunft desselben ins Auge gefaßt, so führt die Berücksichtigung des noch zu behandelnden Einwandes, daß nämlich die Arbeiterräte die demokratische Trennung der gesetzgebenden von der verwaltenden Tätigkeit aufheben, in die gegenwärtige und unmittelbare praktische Bedeutung dieser neuen revolutionären Kampforganisation des Proletariats. Ja, hier werden wir auf eine Seite der Wirkungsweise der Arbeiterräte hingewiesen, die uns aufmerksam macht, daß die Frage ihrer schließlichen verfassungsmäßigen Normierung gar nicht vorweg in dem Sinne beantwortet werden kann, als ob sie ein Programm ihrer Tätigkeit bedeuten würde, sondern daß im Gegenteil die Beantwortung dieser Frage nur aus der tatsächlichen Entwicklung der Arbeiterräte herauswächst, also durch die von ihr geschaffenen Zustände und Machtverhältnisse. Und von diesem Standpunkt aus liegt gerade in dem, was der obige Einwand gegen die Arbeiterräte ins Treffen führt, das Revolutionäre dieser Institutionen, das, was sie zu Trägern einer wirklichen, der sozialen Demokratie stempelt: daß sie nämlich die Trennung des gesetzgebenden Volkswillens von der Sorge für seine wirkliche Ausführung endlich radikal zu beseitigen streben.

Die Theorie von der Teilung der staatlichen Gewalten, also der Trennung vor allem der Gesetzgebung von der Verwaltung, gilt mit Unrecht als ein Prinzip der Demokratie. Diese wesentlich von Montesquieu begründete Theorie ist sicherlich eine Hauptstütze der Demokratie gewesen, aber nur als Waffe gegen den Absolutismus, als Kampfforderung der Bourgeoisie, die sich noch nicht stark genug fühlte, das Königtum überhaupt zu beseitigen, und daher dessen absolute Macht zu beschränken suchte. Wo immer die Demokratie konsequent vertreten wurde, wo sie also den Standpunkt der Souveränität des Volkes einnahm, dort fiel es ihr nicht ein, das Prinzip der Gewaltenteilung aufzustellen, sondern dort verkündete sie im Gegenteil die Forderung der Vereinigung aller Gewalten in der Hand des Volkes. Es ist darum bezeichnend, daß Rousseau die Lehre von der Trennung der Gewalten im Staat nicht nur nicht vertritt, sondern sogar bekämpft. Und es gehört in der Tat zu den wesentlichen Stücken einer echten Volksherrschaft, daß sie nicht nur sich ihre Gesetze selbst gibt, sondern auch die Beamten wählt und kontrolliert, die diese Gesetze auszuführen, und die Richter einsetzt, die nach ihnen zu urteilen haben.

Es ist das starre Prinzip der Trennung der Gewalten, welches insbesondere durch die Loslösung der ganzen Verwaltung von der Lebendigkeit des gesetzgebenden Volkswillens — wobei wir jetzt davon absehen, daß dieser in der Demokratie der Klassengesellschaft immer nur mit Vorbehalt so genannt werden kann —, die Erstarrung der Verwaltungsbehörden in eine festgegliederte Beamtenmaschinerie bewirkt, und so den gesetzgebenden

Willen sich beständig an den harten Schranken einer sich mehr und mehr verselbständigenden Bürokratie wundstoßen läßt. Die Bürokratie ist auf diese Weise zwar das unentbehrliche Instrument für jede Gesetzesanwendung, für jede Exekutive, aber ebenso oft auch das Hindernis oder zumindest die Erschwerung für beides geworden. Die Arbeiterräte haben nun ihre wichtigste Funktion, gerade an diesem Punkt, die Demokratie, das heißt die Selbstbestimmung des Volkes, wieder lebendig zu machen, indem sie die Bürokratie unter ihre schärfste Kontrolle nehmen, ja sie schließlich so sehr als möglich ausschalten und zu bloßen Hilfsorganen umgestalten, indem sie selbst die anordnende und durchführende Gewalt an sich ziehen.

Die wirkliche Demokratie als Selbstbestimmung des Volkes liegt eben nicht nur in dem Recht der Gesetzgebung; sie verkörpert sich nicht bloß in dem, worin für gewöhnlich das Um und Auf der Demokratie erblickt wird, in der gesetzgebenden Körperschaft; sondern sie liegt vor allem in den Institutionen, die dafür Gewähr bieten, daß das, was das Volk beschlossen hat, auch wirklich geschieht. Und dies ist nun das Entscheidende an den Arbeiterräten, daß sie Körperschaften sind, vom Zentralrat angefangen bis hinunter zum Bezirksarbeiterrat, die nicht nur beschließen, sondern das Beschlossene gleich auch selbst ausführen wollen, also den Willen des Proletariats unmittelbar zur Geltung zu bringen suchen.

Und dadurch werden sie zu den eigentlichen Organen und Trägern der sozialen Revolution. Denn diese vollzieht sich vielmehr noch, als in der an hervorragender Stelle sichtbaren Eroberung oder Sprengung der Nationalversammlung, in der Eroberung aller Machtposten in der Verwaltung des bürgerlich-kapitalistischen Staates und der Gemeinde, in der Sprengung der Autorität und Selbstherrlichkeit der alten Bürokratie. Ist erst einmal der Bezirksarbeiterrat an die Stelle des alten Bezirkshauptmannes getreten, oder hat er sich auch nur soweit durchgesetzt, daß dieser nichts Wichtiges mehr ohne, geschweige denn gegen den Arbeiterrat zu unternehmen wagt, dann ist damit bereits eine Revolution, eine Zertrümmerung der alten Staatsmaschinerie ins Werk gesetzt, deren Bedeutung gar nicht hoch genug gewertet werden kann. Und hier eröffnen sich nun die nächsten Aufgaben der Arbeiterräte, aus deren bestimmungsgemäßer Erfüllung sich von selbst die Frage nach der Art ihre schließlichen verfassungsmäßigen Stellung erledigen muß. Die Arbeiterräte werden schließlich so viel verfassungsmäßige Macht erringen, als sie durch ihre Tätigkeit selbst besitzen.

Die nächsten Aufgaben der Arbeiterräte werden also darin liegen, auf allen Gebieten der Verwaltung in ihrem engen lokalen Bereiche die Forderungen des Proletariats, gestützt auf die genaue Sachkenntnis des Bezirkes, zur Geltung zu bringen, die Tätigkeit der Beamten zu überwachen und auf strenge Abstellung aller Mißbräuche und Fehler zu dringen. Sie werden aber dafür sorgen müssen, daß diese Tätigkeit nicht etwa in eine Art Kirchturmpolitik ausartet, sondern überall die großen Gesamtinteressen des Proletariats und die umwälzenden Ziele des Sozialismus zum Leitstern habe. Und dazu wird zweierlei nötig sein: daß erstens die einzelnen Bezirksarbeiterräte durch ihren Kreis- und schließlich durch den Zentralrat in engster Verbindung miteinander bleiben und für alle wichtigen Verwaltungsfragen ein einheitliches Vorgehen, eine einheitliche Grundauffassung vorsehen; daß aber ferner die revolutionäre Schulung der Arbeiterräte im Geiste des marxistischen Klassenkampfes und des Sozialismus die unausgesetzte zweite Hauptaufgabe neben der Verwaltungsarbeit werde. Nur so wird verhindert werden können, daß die Arbeiterräte nicht etwa in

bloßer Reformarbeit aufgehen und ihren eigentlichen Zweck aus dem Auge verlieren: die Hauptinstrumente des gesellschaftlichen Umsturzes, der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft selbst zu sein.

Erst die von solchem Geiste geleiteten Arbeiterräte vermögen wirklich neue Organe der Selbstbestimmung des Volkes zu sein, da sie die Verwaltung eben nicht bloß reformieren, sondern auch eine neue, von der bürgerlichen wesensverschiedene Grundlage aufbauen. Aber ihre Wirkungsweise richtet sich dann nicht nur gegen die Bürokratie des Staates. Sondern darin kommt ihr revolutionärer Charakter besonders zum Ausdruck, daß sie ihre Kritik gegen alles wirken läßt, was den revolutionären Kampf des Proletariats behindert oder zu schwächen droht. Und dazu gehört auch vieles Veraltete und stumpf Gewordene in der sozialdemokratischen Partei selbst, so manches, was auch schon früher viel Anlaß zur Besorgnis und Kritik in unseren Reihen gegeben hat. Die Bekämpfung einer Parteibürokratie, die Zurückweisung des Nur-Gewerkschafterums, die Eindämmung des Ueberwucherns des Parlamentarismus und der Klubpolitik — das alles sind ebenso wichtige Aufgaben einer wirksamen Tätigkeit der Arbeiterräte wie ihre Stellungnahme bloß gegen die Verwaltungsmaschine des Staates. Soll es wirklich ernst werden mit der Selbstbestimmung des Proletariats, dann werden die Arbeiterräte dafür zu sorgen haben, daß nicht nur in der staatlichen Verwaltung nichts mehr ohne sie geschehen kann, sondern daß auch die Klubs der sozialdemokratischen Nationalversammlungs-, Landtags- und Gemeinderatsabgeordneten keine wesentliche Entschließung fassen können, an der nicht die Arbeiterräte in der von ihnen festgesetzten zuständigen Weise mitgewirkt haben. Auf diese Weise wird schon vor der verfassungsmäßigen Regelung der Stellung der Arbeiterräte sich ihre Geltung und Bedeutung auf der ganzen Linie des staatlich-gesellschaftlichen Lebens durchsetzen und, ohne daß es einer Rätediktatur bedürfe, das Rätesystem sich einen Einfluß erobern, den es in höherem Maße auch in einer Räterepublik nicht haben könnte, dafür aber nicht mit den politischen Stürmen und ökonomischen Zerrüttungen einer solchen zu bezahlen braucht. Die verfassungsmäßige Verankerung wird dann nur gleichsam protokollieren, was die geschichtliche Entwicklung des Rätesystems erreicht hat und was vielleicht die Grenzen dessen weit übersteigen wird, was im 7. Kapitel verlangt wurde. Die Frage der verfassungsmäßigen Behandlung des Rätesystems scheint daher vielen eine keineswegs dringende und entscheidende, und gewiß insofern mit Recht, als in ihr nicht das Wesentliche der Bedeutung der Arbeiterräte erblickt werden darf. Trotzdem ist es nötig, ein bestimmtes Programm auch in der Verfassungsfrage der Arbeiterräte zu haben, nicht nur, um über ihre mögliche Einordnung in das Ganze des staatlichen Lebens orientiert zu sein, sondern vor allem, um gegenüber der an allen politischen und sozialen Realitäten vorbeigehenden zügellosen Agitation der „kommunistischen" Schlagworte von Räterepublik und Rätediktatur einen sicheren Rückhalt zu haben. In diesem Sinne bedeutet also die von uns vertretene Form der verfassungsmäßigen Regelung der Arbeiterräte nicht etwa eine Festlegung auf ein bestimmtes Maß politischer Macht und Bedeutung. Sie will vielmehr nur die Uebergangsform bezeichnen, durch welche sie am reibungslosesten verwirklichen wird, was alleiniger Sinn und Ziel dieser Kampforganisation der sozialen Revolution ist: Alle Macht den Arbeiterräten!

Druck von „Vorwärts", Wien V.

23714

Sozialistische Bücherei.

Heft 1: **Der Weg zum Sozialismus.** Von Otto Bauer. Preis 2 Kronen.

Heft 2: **Rätediktatur oder Demokratie?** Preis 1 Krone.

Heft 3: **Rätearbeit und Nationalversammlungstragödien in Revolutionen.** Von Alexander Täubler. Preis 1 Krone 20 Heller.

Heft 4: **Die Sozialisierung und der neue Geist der Zeit.** Von Alexander Täubler. Preis 2 Kronen.

Heft 5: **Die Sozialisierung und die Arbeiterräte.** Von Karl Kautsky. Preis 1 Krone.

Heft 6: **Das Kommunistische Manifest.** Von Karl Marx und Friedrich Engels. Mit Vorwort von Max Adler. Preis 2 Kronen.

Heft 7: **Revolutionäre Disziplin.** Von Josef Frey. Preis 1 Krone.

Heft 8: **Demokratie und Rätesystem.** Von Max Adler. Preis 2 Kronen 40 Heller (1 Mark 60 Pfennig).

Heft 9: **Betriebsräte und Gewerkschaften.** Von Julius Grünwald. Preis 1 Krone 20 Heller (80 Pfennig).

Heft 10: **Die Arbeiterbewegung im Kampfe gegen den alten Klassenstaat.** Vorwort von Michael Schacherl. Preis 3 Kronen 60 Heller (2 Mark 40 Pfennig).

In Vorbereitung:

Die Sozialisierung der Hauswirtschaft. Von Therese Schlesinger.

Genossenschaften und Sozialisierung. Von Emmy Freundlich.

Das Wesen des Geldes. Von Dr. Amonn.

Zu beziehen durch den

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.

Wien VI, Gumpendorferstraße 18.

Bei allen Preisen 10 Prozent Teuerungszuschlag.

END OF
TITLE